



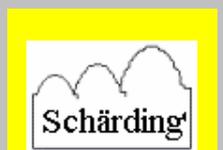
LAND
OBERÖSTERREICH

Prüfungsbericht

der Bezirkshauptmannschaft Schärding
über die Einschau in die Gebarung

der Marktgemeinde

Riedau



Impressum

Herausgeber:

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung
4021 Linz, Bahnhofplatz 1

Redaktion und Graphik:
Herausgegeben:

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung
Linz, im November 2013

Die Bezirkshauptmannschaft Schärding hat in der Zeit von 14.5. bis 2.7.2013 durch zwei Prüfer gemäß § 105 Oö. Gemeindeordnung 1990 in Verbindung mit § 1 Oö. Gemeindeprüfungsordnung 2008 eine Einschau in die Gebarung der Marktgemeinde Riedau vorgenommen.

Zur Prüfung wurden die Jahre 2010 bis 2012 und der Voranschlag für das Jahr 2013 herangezogen.

Der Bericht analysiert die Gebarungsabwicklung der Marktgemeinde und beinhaltet Feststellungen im Hinblick auf Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Verwaltung, der öffentlichen und sozialen Einrichtungen und unterbreitet Vorschläge zur Verbesserung des Haushaltsergebnisses.

Die im Bericht kursiv gedruckten Passagen stellen die Empfehlungen der Bezirkshauptmannschaft Schärding dar und sind als solche von den zuständigen Organen der Marktgemeinde umzusetzen.

Inhaltsverzeichnis

KURZFASSUNG	6
DETAILBERICHT	11
DIE GEMEINDE	11
WIRTSCHAFTLICHE SITUATION	13
HAUSHALTSENTWICKLUNG	13
VA 2013	14
MITTELFRISTIGER FINANZPLAN (MFP).....	14
FINANZAUSSTATTUNG	15
STEUER- UND ABGABENRÜCKSTÄNDE	15
AUFSCHLIEßUNGS- UND ERHALTUNGSBEITRÄGE.....	16
UMLAGEN	17
FREMDFINANZIERUNGEN	18
DARLEHEN.....	18
LEASING	19
KASSENKREDIT	20
HAFTUNGEN	20
RÜCKLAGEN.....	20
PERSONAL.....	21
DIENSTPOSTENPLAN	22
<i>Allgemeine Verwaltung</i>	<i>22</i>
<i>Busbegleitung beim Kindergartentransport.....</i>	<i>22</i>
<i>Schulwart, Reinigungsarbeiten</i>	<i>22</i>
<i>Bauhof.....</i>	<i>23</i>
BEZUGSFESTSETZUNG.....	23
GESCHÄFTSVERTEILUNGSPLAN - ARBEITSPLATZBESCHREIBUNGEN	23
BEDIENSTETENSCHUTZ.....	23
ÖFFENTLICHE EINRICHTUNGEN	25
WASSERVERSORGUNG	25
ABWASSERBESEITIGUNG	27
ABFALLBESEITIGUNG	29
KINDERGARTEN.....	30
SCHÜLERHORT.....	32
SCHÜLERAUSSPEISUNG.....	33
FREIBAD	35
MUSIKSCHULE.....	37
FRIEDHOF UND AUFBAHRUNGSHALLE	38
GEMEINDEBÜCHEREI	39
TURNHALLE DER VOLKSSCHULE UND PRAMTALSAAL (TURNHALLE DER HAUPTSCHULE).....	39
GEMEINDEVERTRETUNG	40
GEMEINDEINTERNE PRÜFUNGEN	40
ORGANE DER GEMEINDE, GESCHÄFTSFÜHRUNG	40
SITZUNGSGELD	40
VERFÜGUNGSMITTEL UND REPRÄSENTATIONSAUSGABEN	40
WEITERE WESENTLICHE FESTSTELLUNGEN.....	41
VERMIETUNGEN UND VERPACHTUNGEN	41
<i>Ehemaliges Hallenbad</i>	<i>41</i>
<i>Wohnhaus "Marktplatz 86" und "Pomedt 3".....</i>	<i>41</i>
<i>Musikheim.....</i>	<i>41</i>
<i>Sportplatz mit Vereinsgebäude.....</i>	<i>41</i>

GRUNDBESITZ	42
BAUHOF/FUHRPARK - BAUHOFKOOPERATION	42
FEUERWEHRWESEN	43
INSTANDHALTUNGSaufWENDUNGEN	43
FÖRDERUNGEN UND FREIWILLIGE AUSGABEN	43
VERSICHERUNGEN	44
BESTELLWESEN	44
AUßERORDENTLICHER HAUSHALT	45
INVESTITIONSTÄTIGKEIT 2010 - 2012	45
ÜBERBLICK ÜBER DEN AO. HAUSHALT MIT ENDE 2012 - SALDENBESTAND	46
VA 2013	46
MITTELFRISTIGE INVESTITIONSPLANUNG	46
AUSFÜHRUNGEN ZU EINZELNEN AO. VORHABEN	46
<i>Straßenbau Siedlungsgebiete</i>	46
<i>Umbauarbeiten an der L 513</i>	46
<i>Aufschließung Gewerbepark</i>	47
<i>Sanierung Freibad</i>	47
<i>Wasserversorgung</i>	47
<i>Erschließung Pomedt/Schwaben</i>	47
<i>Drucksteigerung / Löschwasserbehälter Berg</i>	47
<i>Abwasserbeseitigung</i>	48
<i>Erschließung Pomedt/Schwaben, Pomedt II</i>	48
<i>Kanalsanierung</i>	48
<i>Wohnhaussanierung Pomedt 3</i>	48
SCHLUSSBEMERKUNGEN	49

Kurzfassung

Wirtschaftliche Situation

Die Marktgemeinde schaffte trotz ihrer hervorragenden Positionierung in punkto Finanzkraft erstmals 2006 den Haushaltsausgleich nicht mehr, das Defizit 2012 betrug inkl. des durch BZ-Mittel nicht bedeckten Abganges 2011 ca. € 194.000. Entgegen dem kommunalen Trend hat sich 2012 das Ergebnis gegenüber 2011 leicht verschlechtert. Dazu beigetragen hat vor allem der minimale Zuwachs an Ertragsanteilen und der Anstieg des Kindergartenabganges. Auffällig ist, dass die Defizitentwicklung seit 2006 ohne größere Schwankungen verlaufen ist und die Auswirkungen der Finanzkrise keinen signifikanten Einbruch verursacht haben. Maßgeblich dafür war, dass mit Einsetzen der Krise die Leasingrate für die Schulsanierung wie auch die Annuitätenbeiträge an den RHV deutlich und nachhaltig gesenkt werden konnten. Zu den wesentlichsten Ursachen der defizitären Haushaltslage zählen:

→ Die Fremdfinanzierungsquote, die aus dem Schuldendienst der Marktgemeinde, der Leasingrate sowie aus dem an den RHV zu leistenden Annuitätendienst resultiert. Sie hat sich zwar von rd. 15 % der o. Einnahmen im Jahre 2006 - der immens hohe Wert wurde ausgelöst durch die erstmalige Leistung der Leasingrate - auf rd. 8,7 % bzw. ca. € 300.000 verringert, bewegt sich aber nach wie vor auf einem überdurchschnittlich hohen Niveau. Mittelfristig ist nur eine leichte Entspannung zu erwarten, vorausgesetzt, das historisch tiefe Zinsniveau bleibt vorerst annähernd erhalten. Eine Zinsendynamik nach oben würde die Haushaltsbelastung in derzeit nicht abschätzbarem Umfang steigern.

→ Die betrieblichen Abgänge - sie betragen 2010 rd. € 244.000 und haben sich 2012 zwar auf rd. € 216.000 verringert - belasten damit aber nach wie vor massiv das Gemeindebudget, erwähnenswert vor allem die Abgänge beim Caritas-Kindergartenbetrieb und beim Freibad mit ca. € 128.000 und ca. € 94.000. Eine moderate Defizitsenkung ist lediglich beim Kindergartenbetrieb zu erwarten. In Summe aller Betriebssalden zeichnet sich lt. VA 2013 aber kaum eine positive Entwicklung ab.

→ Die generelle Verschärfung der Einnahmen-Ausgabenschere infolge der überproportional gestiegenen Umlagen, vor allem der Bezirksumlage und des Krankenanstaltenbeitrages, sorgten zumindest bis 2010 auch bei der Marktgemeinde für eine zusätzliche Belastung.

VA 2013

Zwar wurde das Budget 2013 mit einem Defizit von € 222.900 festgesetzt, sollte aber, da keine wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Rechnungsabschluss-Ergebnis 2012 zu erwarten sind, günstiger ausfallen. Allerdings bleibt abzuwarten, ob der prognostizierte Zuwachs an Ertragsanteilen - ein Plus von knapp € 33.000 gegenüber dem RA 2012 - im Hinblick auf die sich abzeichnenden Konjunkturertrübungen auch tatsächlich eintritt. Das Aufkommen im Zeitraum Jänner bis Juli 2013 entspricht nur in etwa jenem im Vergleichszeitraum 2012 und tendiert nicht nach oben.

Mittelfristiger Finanzplan (MFP)

Die freie Budgetspitze - im Jahre 2013 ca. - € 209.000 - sollte sich lt. MFP im Jahre 2014 wieder deutlich verschlechtern. Der ausgewiesene Negativwert von ca. € 290.000 entspricht in etwa dem Doppelten des für 2012 ermittelten Wertes. Bis 2016 zeichnet sich in der Folge wieder eine moderate Entspannung der Finanzlage ab, das Minus sollte sich auf eine Größenordnung von rd. € 220.000 reduzieren. Wir merken allerdings an, dass bei der Erstellung des MFP ausgabenseitig bei den Umlagen Steigerungen berücksichtigt, einnahmen-seitig jedoch die wesentlichsten Ansätze nur sehr vorsichtig mit Zuwachsraten bedacht wurden. Die nach wie vor sehr ungewisse Wirtschaftsentwicklung sowie die nicht abschätzbare Entwicklung des Zinsendienstes lassen ohnehin eine nur sehr vage Prognose zu.

Jedenfalls aber wird davon auszugehen sein, dass angesichts der langfristig hohen Fremdfinanzierungsquote die Marktgemeinde ohne BZ-Mittel den Haushaltsausgleich in

absehbarer Zeit nicht bewerkstelligen können wird. Den Bemühungen um eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung ist daher in der Finanzplanung absolute Priorität einzuräumen.

Fremdfinanzierungen

Ende 2012 bestanden haushaltsbelastende Darlehensverpflichtungen von insgesamt knapp € 1,4 Mio. Daneben bestanden noch Leasingverpflichtungen von rd. € 1,131 Mio. und Haftungen für Darlehen des Reinhaltungsverbandes von rd. € 2,010 Mio.

Die Nettobelastung aus diesen Verpflichtungen sowie weiters aus der Inanspruchnahme von Kassenkrediten belief sich 2012 auf rd. € 312.000. Damit wurden durchschnittlich ca. 8,7 % der Einnahmen des ordentlichen Haushaltes gebunden, was ein vergleichsweise hohes Niveau darstellt. Auch mittelfristig sind, solange keine nachhaltige Veränderung der momentan außerordentlich günstigen Zinslandschaft eintritt und Neuverschuldungen gänzlich vermieden werden, Gesamtbelastungen in ähnlicher Größenordnung zu erwarten.

Im laufenden Jahr 2013 wurde für den Kindergartenankauf ein Darlehensvertrag über € 300.000 - Zwischenkredit und Finanzierungsdarlehen in einem - abgeschlossen. Wir weisen darauf hin, dass für letzteres iHv ca. € 70.000 eine Laufzeit von mindestens 15 Jahren festzusetzen ist.

Personal

Die Lohnkostenquote der Marktgemeinde betrug im Zeitraum 2010 - 2012 in etwa 22 % der ordentlichen Einnahmen. Ergänzend anzumerken ist, dass den Kindergarten die Pfarrcaritas führt und dadurch Netto-Lohnkosten entfallen, andererseits aber die Führung des Freibads einen zusätzlichen Personalaufwand verursacht. Signifikant ist auch der überdurchschnittlich hohe Altersschnitt aller Bediensteten von rd. 50 Jahren und die mittlerweile von 4 Bediensteten in Anspruch genommene Möglichkeit der Altersteilzeit, die in den Folgejahren zur finanziellen Zusatzbelastung führt.

2012 waren insgesamt 21 Bedienstete mit rd. 15,52 Personaleinheiten (PE) beschäftigt.

Der genehmigte Dienstpostenplan sieht in der allgemeinen Verwaltung insgesamt 5,65 PE vor und unterschreitet damit den für die Einwohnerkategorie bis 2.500 Einwohner in den Dienstpostenplanverordnungen maximal zulässigen Rahmen von 7 PE um 1,35 PE. Die aktuelle Personalausstattung kann aber als gänzlich ausreichend erachtet werden bzw. bewegt sich im Vergleich mit den bezirksangehörigen Gemeinden, gemessen an der Einwohnerzahl, leicht über dem Durchschnitt.

Die Begleitung beim Kindergartentransport ist zwei Reinigungskräften der Marktgemeinde übertragen, die ihre Tätigkeiten allerdings außerhalb ihrer Vertragsverhältnisse zu einem Pauschalstundensatz ausüben. Wir schlagen vor, die Busbegleitungen innerhalb der bestehenden Dienstverhältnisse abzuwickeln und das jeweilige Beschäftigungsausmaß entsprechend anzuheben oder die Beistellung des Begleitpersonals direkt dem Busunternehmen zu übertragen.

Wir weisen darauf hin, dass die Möglichkeit besteht und die persönlichen Voraussetzungen gegeben sind, für den Leiter des Gemeindeamts ein Dienstposten der Verwendungsgruppe B, Dienstklassen II-VI/N2-Laufbahn, festzusetzen. Zur Umsetzung der notwendigen Dienstpostenänderung wäre hierfür aber noch ein entsprechenden Beschluss des Gemeinderates herbeizuführen.

Dem in die Funktionslaufbahn GD 19 eingereichten Bauhofsarbeiter steht als Facharbeiter eine Gehaltszulage im Ausmaß von 75 % der Differenz zur Funktionslaufbahn GD 18 zu. Die Nachzahlung ab 1.1.2013 ist daher zu veranlassen.

Jene 5 Reinigungskräfte in der Entlohnungsgruppe p5, die bereits eine 10-jährige Gemeindedienstzeit aufweisen, hätten aufgrund einer Landesregelung die Voraussetzung erfüllt, in den Genuss einer 100 %igen Ergänzungszulage auf die linearen Bezüge der Entlohnungsgruppe p4 zu gelangen. Wir empfehlen, diesem Personenkreis die mögliche bezugsrechtliche Besserstellung zuzuerkennen.

Dem Bearbeiter für Bauwesen hat der Gemeindevorstand bereits 2004 eine jährliche Belohnung iHv von dzt. ca. € 1.400 für außergewöhnliche Dienstleistungen zuerkannt. Abgesehen davon, dass die Belohnung in monatlichen Teilbeträgen ausbezahlt wird und in dieser Form nicht zulässig ist, ist die Erbringung außergewöhnlicher Dienstleistungen kritisch zu hinterfragen und in der Folge über die Weitergewährung der Belohnung neuerlich zu entscheiden.

Öffentliche Einrichtungen

Die Marktgemeinde musste ihre betrieblichen Einrichtungen innerhalb des Vergleichszeitraums massiv stützen, was wesentlich zur negativen Haushaltsgebarung beitrug. 2010 bezifferte sich die Bezuschussung auf rd. € 244.700, 2011 rd. € 168.400 und 2012 rd. € 216.600.

Wasserversorgung

Das jährliche Defizit erhöhte sich 2010 - 2012 kontinuierlich von rd. € 25.200 auf rd. € 40.200. Von den Gesamtausgaben entfielen im Schnitt rd. € 18.900 bzw. ca. 10 % auf Instandhaltungen, die sich damit auf vergleichsweise hohem Niveau bewegten. Zurückzuführen war dies u.a. auf die teilweise Überalterung der Anlage, womit vermehrt Leitungsschäden einhergingen. Entsprechend umfangreich fiel aus diesem Grunde mit rd. 19.000 m³ bzw. ca. 17,5 % des jährlichen Gesamtbezuges auch der Wasserschwind aus. Im Vergleich zu den Feststellungen im Rahmen der Gebarungseinschau 2005 - Schwund von ca. 45 % - konnte das Ausmaß jedoch bereits deutlich eingedämmt werden.

Die Gebührengestaltung der Marktgemeinde bewegt sich innerhalb der Vorgaben bzw. Empfehlungen des Landes (gleiches gilt für die Abwasserbeseitigung).

Abwasserbeseitigung

Der relativ dichten Verbauung im Gemeindegebiet ist zu verdanken, dass 2011 und 2012 ein durchschnittliches Plus von rd. € 97.000 erwirtschaftet werden konnte. Das geringe Minus 2010 wurde primär verursacht durch Instandhaltungskosten im Zusammenhang mit der 10-jährigen Überprüfung.

Abfallbeseitigung

Die Abfallgebarung hat sich im Zeitraum 2010 - 2012 kontinuierlich positiv entwickelt und schloss 2012 mit einem Plus von ca. € 11.000 ab. Da allerdings der Betrieb über einen längeren Zeitraum betrachtet keine Kostendeckung aufweist, fordern wir die Marktgemeinde auf, die Abfallgebühren hinkünftig so zu kalkulieren bzw. festzusetzen, dass längerfristig ein ausgeglichenes Betriebsergebnis erzielt werden kann.

Kindergarten

Das Defizit des 3-gruppig geführten Pfarrcaritas-Kindergartens hat sich in den letzten 3 Jahren massiv verschlechtert und lag 2012 bei rd. € 128.100. Diese Entwicklung stand im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Bezuschussung durch das Land OÖ, aber auch mit der Änderung der Abrechnungsmodalitäten infolge der Übernahme von der Caritas Linz. Bei Umlegung der Defizite auf die Besucherzahl errechnet sich ein Pro-Kopf-Aufwand für 2010 von rd. € 880, für 2011 von rd. € 1.700 und für 2012 von rd. € 2.200. Die Quoten 2011 und 2012 bewegen sich auf vergleichsweise hohem Niveau.

Mit der Pfarrcaritas besteht derzeit nur ein provisorisches Arbeitsübereinkommen. Zwischenzeitlich liegt ein neues Vertragsmuster vor, mit dem sich der Gemeinderat nunmehr zu befassen hat.

Schülerhort

Den vom Kindergartenbetreiber geführten Schülerhort musste die Marktgemeinde 2010 - 2012 mit Mitteln von insgesamt rd. € 62.800 stützen, wobei das Defizit schrittweise von rd. € 14.700 auf rd. € 26.700 anstieg. Bei Umlegung auf die abnehmende Besucherzahl errechnet sich ein Pro-Kopf-Aufwand für 2010 von rd. € 720, für 2011 von rd. € 1.110 und für 2012 von rd. € 1.800. Zur Verbesserung der Einnahmensituation wird angeregt, das

Betreuungsangebot verstärkt zu bewerben bzw. Maßnahmen auf eine Erhöhung der Attraktivität zu setzen.

Schülerspeisung

Der Betrieb wies 2012 ein Defizit von ca. € 15.600 aus, das höchste in den letzten 3 Jahren. Begründbar ist das relativ hohe Minus vorwiegend mit Einnahmeentgängen aufgrund der zurückgegangenen Besucherfrequenz sowie der schwankenden Schülerzahlen aus umliegenden Gemeinden. Bislang war der Personaleinsatz im Beobachtungszeitraum mit 1,08 PE angepasst. Allerdings wird bei Fortdauer der rückläufigen Besucherfrequenz das Beschäftigungsausmaß des Küchenpersonals entsprechend zu vermindern sein. Zu überdenken ist im Hinblick auf den bereits eingeschränkten Schul- bzw. Kindergartenbetrieb an Freitag-Nachmittagen auch eine gänzliche Aufrechterhaltung des Freitagbetriebes. Alternativ dazu sollte auch in Betracht gezogen werden, die Schülerspeisung in Kooperation mit der Nachbargemeinde Zell/Pram zu führen oder das Essen vom relativ nahe gelegenen Pflegeheim in Zell/Pram zu beziehen. Im Hinblick auf bevorstehende Entscheidungen hinsichtlich der Schaffung der räumlichen Voraussetzungen in der Gemeinde Zell/Pram erwarten wir die rasche Erstellung von Kalkulationsmodellen.

Die Essenstarife für Kinder bewegen sich leicht über den geltenden Landesrichtsätzen.

Freibad

Das 2010 - 2012 erwirtschaftete Gesamtdefizit von rd. € 284.800 - jährlich durchschnittlich rd. € 94.900 - stellt sich im Vergleich mit den bezirksangehörigen öffentlichen Freibädern als hoch dar. Begründbar sind diese ausgeprägt defizitären Betriebssalden primär mit der Größe der Anlage, aber auch damit, dass im Gegensatz zu anderen Freibädern in Riedau das benötigte Wasser aus der öffentlichen Versorgungsanlage bezogen wird. Die Kosten hierfür fallen als Wasserbezugs- und Kanalbenutzungsgebühren in alljährlich beträchtlicher Höhe zur Last und bezifferten sich 2012 auf rd. € 29.000. Zudem sind rd. € 10.000 an jährlichen Annuitätenleistungen aufzubringen. Umgelegt auf die durchschnittliche Frequenz von jährlich 22.400 Besuchern errechnet sich für 2010 - 2012 im Schnitt eine Kopfquote von rd. € 4,24.

Friedhof und Aufbahrungshalle

Der Netto-Aufwand für die Friedhofsverwaltung einschließlich der Abwicklung der Bestattung bezifferte sich 2010 - 2012 auf insgesamt rd. € 37.400. Davon entfielen rd. € 25.900 auf Instandhaltungsmaßnahmen überwiegend im Rahmen der Sanierung der Friedhofmauer. Da sich die Gebarung des Friedhofs bzw. der Aufbahrungshalle defizitär darstellt und die Leichenhallengebühr zuletzt 2004 angepasst wurde, ist aus betriebswirtschaftlicher Sicht sowie im Hinblick auf das zwischenzeitlich allgemein deutlich gestiegene Preisniveau die Benutzungsgebühr bis spätestens Beginn 2014 von € 42 auf € 60 je Sterbefall anzuheben.

Gemeindebücherei

Der Büchereibetrieb bedarf nur einer minimalen Zuschussung. Allerdings merken wir an, dass die Öffnungszeiten faktisch den Dienstzeiten der Marktgemeinde angepasst sind und damit die Betreuungstätigkeit maßgeblich den Dienstbetrieb beeinflusst. Es sollte daher angedacht werden, die Öffnungszeiten deutlich einzuschränken oder die Büchereiverwaltung überhaupt auszulagern und an Ehrenamtliche zu übertragen.

Turnhalle der Volksschule und Pramtalsaal (Turnhalle der Hauptschule)

Die Räumlichkeiten werden im Rahmen des Turnunterrichts der Schulen und auch von Vereinen zur Sportausübung bzw. teilweise zur Ausrichtung von Veranstaltungen genutzt. Benutzungsentgelte sind lediglich für Veranstaltungen vorgesehen. Anzumerken ist, dass es sich bei der unentgeltlichen Überlassung an Vereine zur Sportausübung um indirekte Subventionen handelt, die Förderungen ohne Sachzwang darstellen.

Da Benutzungsentgelte für Vereine im Rahmen der Sport- und Vereinsausübung als zumutbar angesehen werden, wird angeregt, solche hinkünftig vorzusehen.

Weitere wesentliche Feststellungen

Grundbesitz

Die Marktgemeinde verfügt über Waldflächen von ca. 4.600 m² und ca. 1.200 m² sowie über großteils als Nutzland gewidmete Grundflächen von ca. 2.400 m² und ca. 12.300 m². Das Nutzland ist mit Ausnahme der vom Bauhof sowie von einer Skateranlage belegten kleineren Fläche zum Zwecke der landwirtschaftlichen Nutzung verpachtet.

Da hinsichtlich der weiteren Verwendung dieser Grundstücke keine mittelfristige Planung besteht, sollte die Marktgemeinde entsprechende Überlegungen anstellen, wobei auch eine Veräußerung ins Auge gefasst werden sollte. Hinsichtlich der Verwendung allfälliger Veräußerungserlöse - 2013 oder 2014 sind außerhalb der angeführten Flächen voraussichtlich € 115.000 zu erwarten - ist das Einvernehmen mit der Aufsichtsbehörde herzustellen.

Feuerwehr

Der durchschnittliche Pro-Kopf-Wert 2010 - 2012 für die laufenden Nettoaufwendungen bewegte sich mit € 11,90 innerhalb des bezirksweiten Durchschnitts.

Instandhaltungsaufwendungen

Zwar hat die Marktgemeinde mit dem Instandhaltungsaufwand 2012 den aufsichtsbehördlichen Vorgaben - der Durchschnitt der letzten 5 Jahre darf nicht überschritten werden - entsprochen, lag aber damit noch immer um rd. ein Drittel über dem bezirksweiten Durchschnitt. Wenngleich der Bedarf der Marktgemeinde an Instandhaltungsmaßnahmen in Anbetracht der zahlreichen und zum Teil überalterten Einrichtungen in verstärktem Maße gegeben ist, ist das Ausgabenbudget in diesem Bereich künftig entsprechend einzuschränken.

Förderungen und freiwillige Ausgaben

Die freiwilligen Ausgaben ohne Sachzwang bewegten sich 2010 - 2012 jeweils innerhalb der aufsichtsbehördlichen Vorgaben von max. € 15 je Einwohner.

Außerordentlicher Haushalt

Das Investitionsvolumen der letzten 3 Jahre von rd. € 1,3 Mio. diente überwiegend dem weiteren Ausbau und der Verbesserung der Infrastruktur. Den Schwerpunkt bildeten insbesondere der Endausbau der Wasserversorgungs- und Kanalisationsanlage, die Umsetzung des Straßenbauprogramms, die Aufschließung des Gewerbeparks, die Erweiterung der Volks- und Hauptschule und die Sanierung des Freibades (Errichtung einer Wasserrutsche). Weitere Mittel, wenn auch in bescheidenerem Umfang, wurden u. a. aufgewendet für eine Wohnhaussanierung, den Ankauf eines Kommunalfahrzeuges, die Akustikverbesserung des Pramtalsaales und die Errichtung eines Kinderspielplatzes.

Die Bedeckung dieser ao. Investitionen konnte in Summe in etwa je zur Hälfte durch Fördermittel und Eigenmittel (inkl. Darlehen) bestritten werden. Erfreulich ist, dass die Neuverschuldung - überwiegend Siedlungswasserdarlehen - in den letzten 3 Jahren mit rd. € 241.000 in sehr moderatem Umfang ausgefallen ist.

Die geringe Neuverschuldung, die bei allen laufenden Projekten gesicherten Finanzierungen, die kaum Fehlbeträge verursachen, und nicht zuletzt auch die Tatsache, dass kein Zwischenkredit beansprucht werden musste, sind positiv zu erwähnen und u.a. Voraussetzung für eine nachhaltige Konsolidierung der Gemeindefinanzen.

Der ao. Haushalt schließt 2012 mit einem Soll-Überschuss von ca. € 68.000.

Das im VA 2013 vorgesehene und bereinigte Investitionsvolumen von ca. € 484.000 dient neben der Fortführung bzw. Fertigstellung der laufenden Projekte primär dem Ankauf des Kindergartengebäudes, der weiteren Umsetzung des Straßenbauprogramms sowie Kanalbau- bzw. -instandhaltungsmaßnahmen.

In der Investitionsplanung für den Zeitraum 2014 - 2016 hat die Marktgemeinde mangels gesicherter Finanzierungen zwar keine neuen Vorhaben ausgewiesen, mehr oder weniger konkrete Planungen bestehen allerdings für den Ausbau der Rad- und Wanderwege, die Neugestaltung des Marktplatzes, die Asphaltierung der neuen Siedlungsstraßen und die Sanierung des erworbenen Kindergartengebäudes.

Detailbericht

Die Gemeinde

Politischer Bezirk:	Schärding	Infrastruktur Bildung, Kinderbetreuung:	
Gemeindegröße:	7,62 km ²	Kindergarten:	1
Seehöhe (Hauptort):	376	Volksschule:	1
Besiedelung:	12 Ortschaften	Hauptschule:	1
Einwohner:		Musikschule:	1
Volkszählung 2001	2.013	Infrastruktur Straßen:	
ZMR 2009	1.984	Gemeindestr., Siedlungsstr.:	24,1
ZMR 2010	1.975	Güterwege, Zufahrten:	8,8
Volkszählung 2011	1.969	Landesstraßen	3,7
ZMR 2012	1.995	Feuerwehren:	1
Wirtschaftsbetriebe:		Ausgegliederte Rechtsträger, Beteiligungen:	
Agrar-, Forstbetriebe	24	Gründerzentrum Pramtal - Süd	
Gewerbe, Industrie	90	Wesentliche Mitgliedschaften, Kooperationen:	
Gemeinderat:	25 Mitglieder (ÖVP 11, SPÖ 9, FPÖ 4, Grüne 1)	Bezirksabfallverband	
Bürgermeisterin:	ÖVP	Sozialhilfeverband Schärding	
Budgetrahmen:	~ € 3,6 Mio.	Wasserverband Pramtal	
Finanzkraftfrang 2011:		Reinholdungsverband Mittleres Pramtal	
Bezirk (30 Gemeinden):	6	Wegeerhaltungsverband Innviertel	
OÖ.(444 Gemeinden):	74	Leaderregion Pramtal	
		Euregio Inn-Salzach	
		Geplante Bauhofkooperation	

Riedau ist eine von 30 Gemeinden des Bezirkes Schärding. Auf einer Seehöhe von 376 m erstreckt sich die Pramtalgemeinde auf 7,62 km² und zählt damit flächenmäßig zu den kleineren Gemeinden des Bezirkes. Das Gemeindegebiet umfasst 12 Ortschaften, welche durch ca. 24 km Gemeindestraßen verbunden sind. Durch eine sehr gut entwickelte Infrastruktur, deren Schaffung maßgeblich von der wirtschaftlichen Entwicklung eines bereits seit Jahrzehnten angesiedelten größeren Gewerbebetriebes beeinflusst wurde, ist die Marktgemeinde zu einer beliebten Wohngemeinde geworden. Zwar hat sich die Bevölkerungszahl seit der Volkszählung 2001 (2.013 Ew.) bis 2011, somit innerhalb eines Zeitraumes von 10 Jahren, sukzessive leicht rückläufig entwickelt - lt. Volkszählung 2011 Rückgang auf 1.969 Ew. -, die aktuelle Registerzählung der Marktgemeinde mit knapp 2.000 Ew. lässt aber erstmals einen Umkehrtrend erkennen. Die verstärkte Bautätigkeit lässt eine Fortsetzung dieser Entwicklung erwarten, wenngleich die Marktgemeinde selbst bislang keine Grundflächen zur Verfügung stellen konnte. Ein genossenschaftlicher Wohnbauträger arbeitet jedoch gerade an der Planung eines neuen Wohnbauprojektes in Riedau.

Riedau ist als Wohngemeinde nicht nur wegen der verkehrsmäßigen Erschließung mit der Anbindung an das überregionale Straßennetz interessant, sondern auch durch das gute Angebot an öffentlichen Einrichtungen, u. a. mit einem der größten Freibäder des Bezirkes. Bis 2006 wurde auch ein Hallenbad betrieben, das jedoch aus wirtschaftlichen Gründen geschlossen werden musste. Auch die Bedeutung als Schulstandort (Hauptschule mit Schwerpunkt Informatik, Musikschule) ist hervorzuheben.

Gerade die strukturellen Investitionen sowie die Erhaltung der geschaffenen Einrichtungen waren bzw. sind aber auch weitestgehend dafür verantwortlich, dass die Marktgemeinde überwiegend durch die Inanspruchnahme von Fremdfinanzierungen ihre budgetäre Belastbarkeit überschritten hat und dadurch ab 2006 den Haushaltsausgleich nicht mehr

bewerkstelligen konnte. Ab 2009 hat die Finanzkrise die defizitäre Haushaltssituation, die sich ansonsten spürbar konsolidiert hätte, auf ähnlich hohem Abgangsniveau gehalten.

Das Investitionsvolumen der letzten Jahre diente überwiegend dem weiteren Ausbau und der Verbesserung der Infrastruktur. Den Schwerpunkt bildeten insbesondere

- der Endausbau der Wasserversorgungs- und Kanalisationsanlage,
- die Umsetzung des Straßenbauprogramms,
- die Anschließung des Gewerbeparks,
- die Erweiterung der Volks- und Hauptschule und
- die Sanierung des Freibades (Errichtung einer Wasserrutsche).
- Weitere Mittel, wenn auch in bescheidenerem Umfang, wurden u. a. aufgewendet für eine Wohnhaussanierung, den Ankauf eines Kommunalfahrzeuges, die Akustikverbesserung des Pramtalsaales und die Errichtung eines Kinderspielplatzes.

Im laufenden Jahr 2013 ist der Ankauf des Kindergartengebäudes ein Investitionsschwerpunkt.

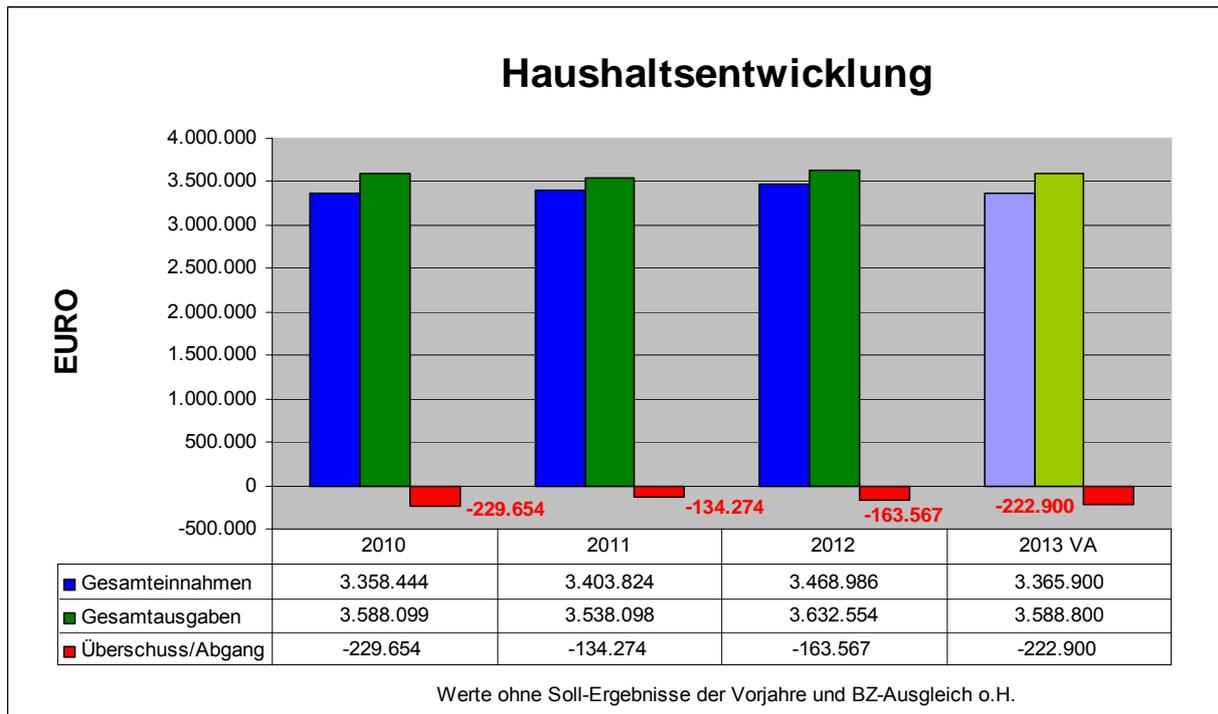
In der mittelfristigen Investitionsplanung hat die Marktgemeinde vorerst keine neuen, sondern mangels gesicherten Finanzierungen im Wesentlichen nur die Fortführung begonnener Vorhaben vorgesehen.

Zu den zum Teil zwar konkret geplanten, aber derzeit kaum realisierbaren Projekten zählen im Wesentlichen:

- Ausbau der Rad- und Wanderwege
- Neugestaltung des Marktplatzes
- Asphaltierung der neuen Siedlungsstraßen
- Sanierung des erworbenen Kindergartengebäudes
- Dachsanierung Volks- und Hauptschule

Wirtschaftliche Situation

Haushaltsentwicklung



Die Marktgemeinde konnte trotz ihrer hervorragenden Positionierung in punkto Finanzkraft erstmals 2006 den Haushaltsausgleich nicht mehr bewerkstelligen. Der Abgang konnte zwar bis 2008 von ca. € 309.000 auf ca. € 238.000 gesenkt werden, stieg jedoch 2009 infolge der Wirtschaftskrise wieder auf ca. € 314.000 und verflachte sich bis 2011 durch den einsetzenden Konjunkturaufschwung neuerlich, das Defizit konnte mit ca. € 159.000 seit 2006 auf den bislang moderatesten Wert gesenkt werden. Entgegen dem kommunalen Trend hat sich 2012 das Ergebnis mit einem Minus von € 194.000 bzw. € 164.000 (ohne Vorjahresabgang) wiederum leicht verschlechtert. Dazu beigetragen haben der zum Teil demografisch bedingte relativ minimale Zuwachs an Ertragsanteilen einerseits und in Einzelbereichen eingetretene Ausgabenerhöhungen andererseits, erwähnenswert dabei vor allem der Anstieg des Kindergartenabganges.

Auffällig ist, dass die Defizitentwicklung seit 2006 ohne größere Schwankungen verlaufen ist und die Auswirkungen der Finanzkrise keinen signifikanten Einbruch verursacht haben. Maßgeblich dafür war, dass mit Einsetzen der Krise die Leasingrate für die Schulsanierung wie auch die Annuitätenbeiträge an den RHV deutlich und nachhaltig gesenkt werden konnten.

Zu den Ursachen der defizitären Haushaltslage zählen im Wesentlichen:

→ Die Fremdfinanzierungsquote - sie resultiert aus dem gemeindeeigenen Schuldendienst, der Leasingrate für die Schulsanierung sowie aus dem an den RHV zu leistenden Annuitätendienst und betrug im erstmaligen Abgangsjahr 2006 ca. € 448.000 bzw. knapp 15 % der o. Einnahmen. Der immens hohe Wert - primär ausgelöst durch die erstmalige Leistung der Leasingrate - hat die Leistungsfähigkeit der ansonsten finanzstarken Marktgemeinde gänzlich überfordert. Die Quote hat sich mittlerweile spürbar verringert und auf eine Größenordnung von ca. € 300.000 stabilisiert. 2012 waren aber immer noch ca. 8,7 % - ein überdurchschnittlich hoher Anteil - der ordentlichen Einnahmen gebunden. Mittelfristig ist nur eine leichte Entspannung zu erwarten, vorausgesetzt, das historisch tiefe Zinsniveau bleibt vorerst annähernd erhalten. Eine Zinsdynamik nach oben würde die Haushaltsbelastung in derzeit nicht abschätzbarem Umfang steigern.

→ Die betrieblichen Abgänge - sie betragen 2010 rd. € 244.000 und haben sich 2012 zwar auf rd. € 216.000 verringert, belasten damit aber nach wie vor massiv das Gemeindebudget. Allein zum Caritas-Kindergartenbetrieb musste die Marktgemeinde 2012 ca. € 128.000 und zum Freibad ca. € 94.000 zuschießen. Eine moderate Defizitsenkung ist lediglich beim Kindergartenbetrieb zu erwarten. In Summe aller Betriebsalden zeichnet sich lt. VA 2013 aber kaum eine positive Entwicklung ab.

→ Die generelle Verschärfung der Einnahmen-Ausgabenschiere infolge der überproportional gestiegenen Umlagen, vor allem der Bezirksumlage und des Krankenanstaltenbeitrages, sorgten zumindest bis 2010 auch bei der Marktgemeinde für eine zusätzliche Belastung.

Ergänzend zur oa. Grafik mit den jährlichen Ergebnissen ohne Vorjahre sind zur Veranschaulichung nachstehend auch die tatsächlichen Fehlbeträge lt. RA inkl. der Vorjahre den freien Finanzspitzen gegenübergestellt. Letztere errechnen sich ausschließlich aus den laufenden Haushaltseinnahmen und -ausgaben und sind damit ein Indikator für die Eigenfinanzierungskraft bzw. die tatsächliche Leistungsfähigkeit einer Gemeinde:

Finanzjahr	2010	2011	2012
RA - Ergebnisse inkl. Vorjahre	- 243.400	- 158.700	- 193.700
Freie Finanzspitzen lt. RA	- 276.000	- 100.000	- 140.000

Die freien Finanzspitzen stellen sich im Vergleich mit den Rechnungsabschlussergebnissen - diese inkludieren auch Investitionen und einmalige Kapitaltransfers sowie die nicht durch BZ-Mittel bedeckten Fehlbeträge - deutlich günstiger dar, verlaufen aber synchron zu den RA-Ergebnissen. Das Jahr 2010 verlief infolge hoher einmaliger Einnahmen atypisch.

Die freien Finanzspitzen 2011 und 2012 erweisen sich mit Minussalden von € 100.000 und € 140.000 als die bislang günstigsten Werte.

VA 2013

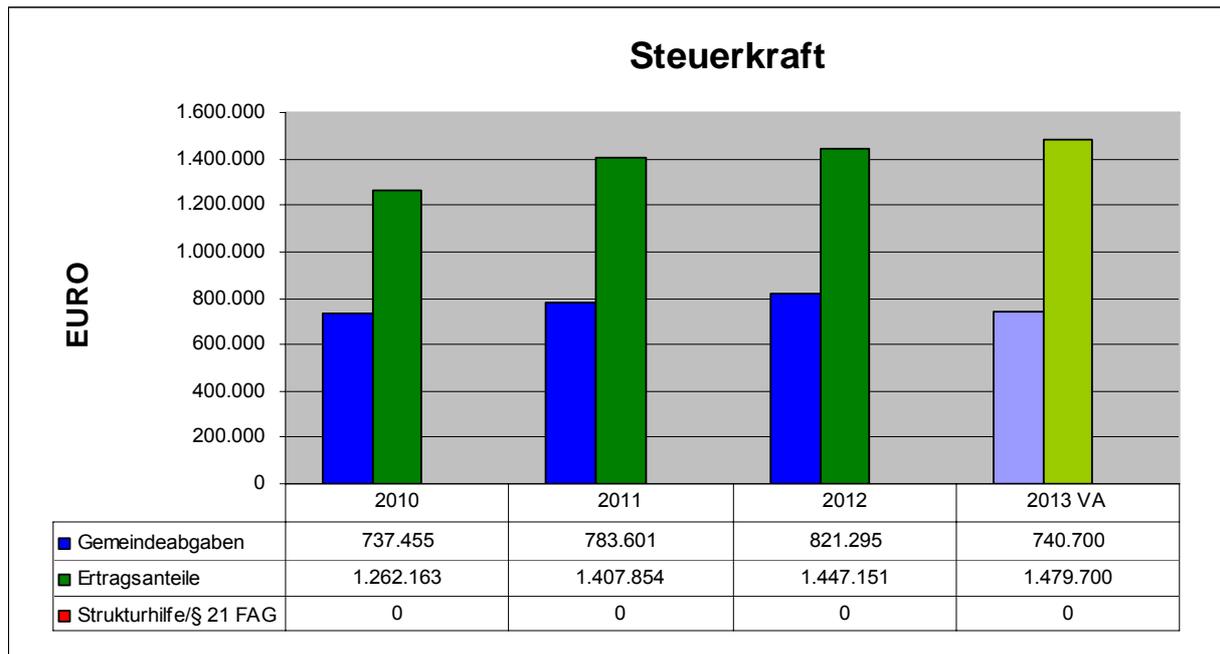
Zwar wurde das Budget 2013 mit einem Defizit von € 222.900 festgesetzt, sollte aber, da keine wesentlichen Veränderungen gegenüber dem RA-Ergebnis 2012 zu erwarten sind, günstiger ausfallen. Allerdings bleibt abzuwarten, ob der prognostizierte Zuwachs an Ertragsanteilen - ein Plus von knapp € 33.000 gegenüber dem RA 2012 - im Hinblick auf die sich abzeichnenden Konjunkturertrübungen auch tatsächlich eintritt. Das Aufkommen im Zeitraum Jänner bis Juli 2013 entspricht nur in etwa jenem im Vergleichszeitraum 2012 und tendiert nicht nach oben.

Mittelfristiger Finanzplan (MFP)

Die freie Budgetspitze sollte sich lt. MFP 2014 wieder deutlich verschlechtern. Der ausgewiesene Negativwert von ca. € 290.000 entspricht in etwa dem Doppelten des für 2012 ermittelten Wertes. Bis 2016 zeichnet sich in der Folge wieder eine moderate Entspannung der Finanzlage ab, das Minus sollte sich auf eine Größenordnung von rd. € 220.000 reduzieren. Wir merken allerdings an, dass bei der Erstellung des MFP ausgabenseitig bei den Umlagen Steigerungen berücksichtigt, einnahmenseitig jedoch die wesentlichsten Ansätze nur sehr vorsichtig mit Zuwachsraten bedacht wurden. Die nach wie vor sehr ungewisse Wirtschaftsentwicklung sowie die nicht abschätzbare Entwicklung des Zinsendienstes lassen ohnehin eine nur sehr vage Prognose zu.

Jedenfalls aber wird davon auszugehen sein, dass angesichts der langfristig hohen Fremdfinanzierungsquote die Marktgemeinde ohne BZ-Mittel den Haushaltsausgleich in absehbarer Zeit nicht bewerkstelligen wird können. Den Bemühungen um eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung ist daher in der Finanzplanung absolute Priorität einzuräumen.

Finanzausstattung



Die Marktgemeinde rangierte mit ihrer Finanzkraft (Gemeindeforderungen und Ertragsanteile) im Vergleich mit allen 444 öö. Gemeinden auf Basis der Ergebnisse 2011 an 74. Stelle und innerhalb des Bezirkes Schärzing (30 Gemeinden) an 6. Stelle und ist damit überdurchschnittlich gut positioniert. Aufgrund der hohen Kopfquote wurden Riedau bislang weder eine Finanzzuweisung nach § 21 FAG noch eine Strukturhilfe zuteil.

Die Ertragsanteile als dominierender Bestandteil der Finanz- bzw. Steuerkraft erfuhren im Zeitraum 2010 - 2012 trotz einer sinkenden Einwohnerzahl eine erfreuliche Entwicklung und stiegen infolge der nach der Finanzkrise eingetretenen Konjunkturbelebung von rd. € 1,262 Mio. um rd. € 185.000 auf einen bisherigen Spitzenwert von rd. € 1,447 Mio., wobei allerdings die Steigerung im Jahre 2012 relativ verhalten ausfiel. Für das laufende Jahr 2013 ist zwar ein weiterer Anstieg um etwa 2,25 % prognostiziert bzw. budgetiert, die zum Prüfungszeitpunkt veröffentlichten Prognosen einer längerfristigen Rezession veranlassen aber zu einer wenig optimistischen Sicht.

Die Gemeindeforderungen erhöhten sich 2010 - 2012 von rd. € 737.500 auf rd. € 821.300. Der Anteil an der Finanzkraft betrug damit im Schnitt ca. 36,3 %. Maßgeblich für diesen vergleichsweise hohen Anteil waren das Kommunal- und das Grundsteueraufkommen.

Die Kommunalsteuer bezifferte sich 2010 auf rd. € 641.800. 2011 wuchs das Aufkommen auf rd. € 681.700 an, bevor sie 2012 wieder auf rd. € 666.700 zurückfiel, sich damit jedoch noch 3,9 % über dem Wert von 2010 bewegte. Die Schwankungen basierten auf Veränderungen bei diversen Unternehmen.

Das 2012 signifikant um ca. € 56.000 gestiegene Grundsteueraufkommen hatte die Marktgemeinde einmaligen Aufrollungen ab 2008 für die Volks- und Hauptschule zu verdanken, das allerdings im Verrechnungswege ausgabenseitig wieder der Schulerhaltung als Abgabe angelastet werden musste. Ab 2013 ist wieder mit einem annähernd gleichbleibenden, aber nachhaltig leicht gestiegenem Aufkommensniveau zu rechnen.

Steuer- und Abgabenrückstände

An Forderungen aus Gemeindesteuern bzw. -abgaben hafteten Ende 2012 rd. € 18.100 aus. Ein Großteil dieser Ausstände konnte zwischenzeitlich bereits vereinnahmt werden.

Die Quote an Abbuchungsaufträgen beträgt etwa 50 % und ist damit nicht befriedigend.

Es wird daher empfohlen, in regelmäßigen Abständen die Bewerbung von Abbuchungsaufträgen zu forcieren.

Aufschließungs- und Erhaltungsbeiträge

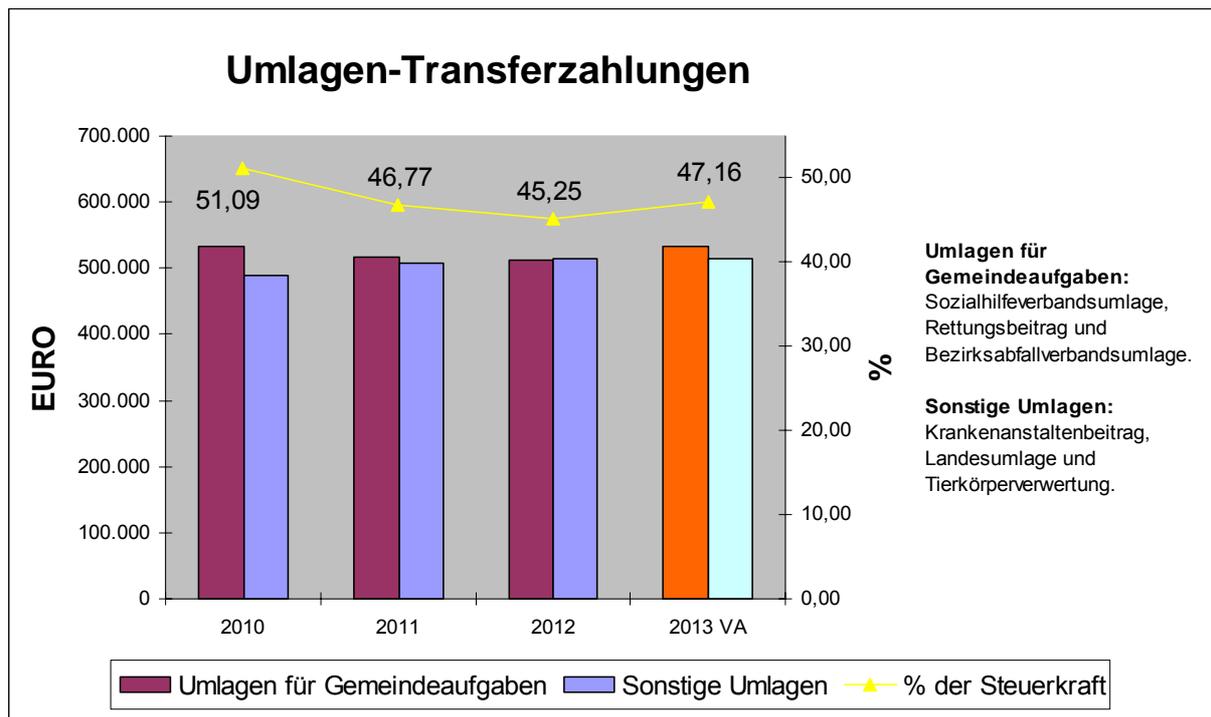
Aufschließungs- bzw. Erhaltungsbeiträge entsprechend den Bestimmungen des Oö. ROG 1994 werden bei der Marktgemeinde seit 1999 bzw. 2004 vorgeschrieben. Im Zeitraum 2010 - 2012 konnten aus diesen Titeln die nachfolgenden Einnahmen lukriert werden:

Finanzjahr	2010	2011	2012
Aufschließungsbeiträge Straße	7.485	10.536	14.308
Aufschließungsbeiträge Wasser	5.034	8.302	7.127
Aufschließungsbeiträge Kanal	9.999	16.490	14.626
Erhaltungsbeiträge Wasser	3.123	3.207	3.390
Erhaltungsbeiträge Kanal	7.766	7.818	8.163
Gesamtsumme	33.407	46.353	47.614

Die im Beobachtungszeitraum verbuchten Zuwächse standen im Zusammenhang mit der Erschließung neuer Siedlungsgebiete. Gemäß den aufsichtsbehördlichen Vorgaben wurden die Aufschließungsbeiträge entsprechend ihrer Zweckbindung zur Finanzierung ao. Vorhaben, die Erhaltungsbeiträge für die Bedeckung laufender ordentlicher Ausgaben der Wasserver- bzw. Abwasserentsorgungsanlage herangezogen.

2013 wurde ein Rückgang an Beiträgen auf € 41.500 budgetiert. In den Jahren 2014 - 2016 erwartet die Marktgemeinde entsprechend den Werten des mittelfristigen Finanzplanes einen weiteren Rückgang auf durchschnittlich rd. € 31.100. Die Rückgänge sind überwiegend in der Erfüllung des 5jährigen Entrichtungszeitraums einzelner Aufschließungsbeiträge begründet.

Umlagen



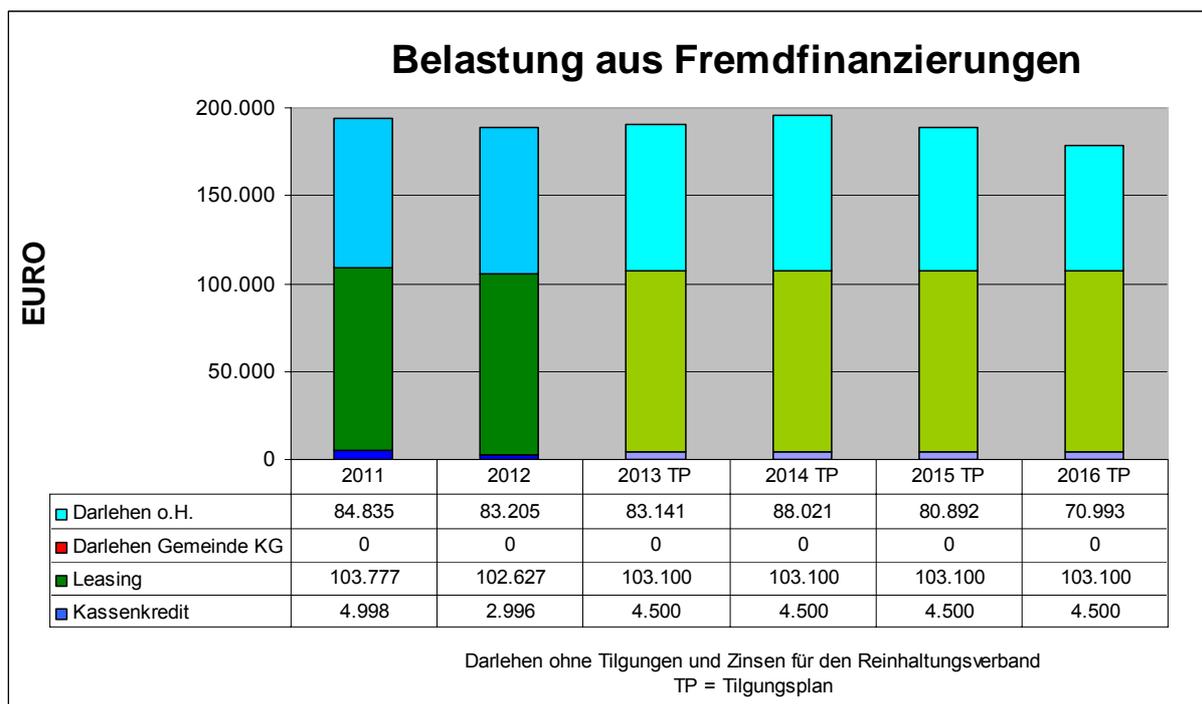
Die Entwicklung des gesamten Umlagevolumens, insbesondere der beiden gewichtigsten Leistungsgrößen, der SHV- bzw. Bezirksumlage und des Krankenanstaltenbeitrags, stellt sich für den Betrachtungszeitraum wie nachstehend dar:

Finanzjahr	2010	2011	2012	2013 VA
Umlagen gesamt	1.021.528	1.024.903	1.026.423	1.047.200
SHV-Umlage	504.349	487.863	488.163	506.900
Krankenanstaltenbeitrag	377.983	387.714	385.901	380.700

Das Belastungsniveau aus den gesamten Umlageleistungen ist, wie der Grafik und der Aufstellung zu entnehmen ist, innerhalb der letzten 3 Jahre um lediglich knapp € 5.000 und damit nur marginal gestiegen. Der Anstieg beim Krankenanstaltenbeitrag und bei der Landesumlage konnte fast gänzlich durch die Senkung der SHV-Umlage wettgemacht werden. Infolge des starken Zuwachses bei der Steuerkraft hat sich der Anteil der Umlagenleistungen an dieser von rd. 51 % auf rd. 45 % auch dementsprechend verringert.

Die für das laufende Jahr 2013 veranschlagten Umlagenzahlungen weisen in Summe zwar wiederum eine leicht steigende Tendenz in der Größenordnung von ca. € 20.000 auf - den maßgeblichen Kostenzuwachs verursacht die Bezirksumlage -, langfristig sind aber deutlich geringer werdende Zuwachsraten bei allen Transfers prognostiziert, sodass die Einnahmen-Ausgaben-Schere wieder kleiner werden sollte. Die großen Anteile für die positive Entwicklung tragen dabei der Pflegefonds und die Reformen im Gesundheitsbereich.

Fremdfinanzierungen



Die Graphik gibt einen Überblick über die Netto-Belastungen aus Fremdfinanzierungen hinsichtlich der Jahre 2011 und 2012 bzw. der mittelfristigen Planung bis 2016. Die Belastungen resultieren aus der Inanspruchnahme von Kassenkrediten und aus Leasing- sowie Darlehensverpflichtungen, wobei Finanzierungs- bzw. Annuitätenzuschüsse bereits in Abzug gebracht sind. Ausgegliederte Unternehmen bestehen nicht.

Graphisch nicht erfasst sind die alljährlich dem Reinhaltungsverband sowie 2011 und 2012 der Feuerwehr geleisteten Annuitäten. Unter Berücksichtigung dieser Positionen stellt sich für die Marktgemeinde die Gesamtbelastung aus Fremdfinanzierungen wie folgt dar:

	2011	2012	2013 TP	2014 TP	2015 TP	2016 TP
Schuldendienst lt. oa. Graphik	193.610	188.828	190.741	195.621	188.492	178.593
Annuitäten RHV und FF	124.304	123.238	101.300	101.100	100.900	98.000
Gesamt-Summe	317.914	312.066	292.041	296.721	289.392	276.593

Die für 2011 und 2012 ermittelte Gesamtschuldendienstquote bindet etwa 8,7 % der Einnahmen des ordentlichen Haushaltes. Damit bewegt sich die Marktgemeinde bereits auf vergleichsweise hohem Niveau. Auch mittelfristig sind, solange keine nachhaltige Veränderung der momentan außerordentlich günstigen Zinslandschaft eintritt und Neuverschuldungen gänzlich unterbleiben, Gesamtbelastungen in ähnlicher Größenordnung zu erwarten (Durchschnittswert von rd. € 288.700).

Darlehen

Im Vergleich mit den 444 öö. bzw. den 30 bezirksangehörigen Gemeinden nahm Riedau Ende 2011 den günstigen 391. bzw. 28. Rang ein, wobei dieser Vergleich für Riedau wenig Aussagekraft besitzt, zumal darin die bestehenden hohen Verpflichtungen aus den Leasingfinanzierungen und RHV-Darlehen nicht berücksichtigt sind.

Die Verschuldung der Marktgemeinde bezifferte sich Ende 2010 auf rd. € 1,530 Mio.. 2011 und 2012 erfolgten Darlehenszugänge im Rahmen des Siedlungswasser- und Wohnbaus im Gesamtausmaß von € 120.700. Nach Abzug der im Laufe 2011 und 2012 getätigten Tilgungen sowie der Abschreibung von Investitionsdarlehen des Landes verblieb Ende 2012

ein Bestand von rd. € 1,499 Mio., womit gegenüber 2010 ein Rückgang um netto rd. € 40.000 verzeichnet werden konnte. Im laufenden Jahr 2013 wurde bislang für den Ankauf des Kindergartens von der Kongregation der Marienschwestern vom Karmel ein Darlehensvertrag über € 300.000 abgeschlossen, wofür eine aufsichtsbehördliche Genehmigung bereits vorliegt. Davon betreffen € 229.200 die Zwischenfinanzierung der bis 2017 zugesagten LZ und BZ und € 70.800 den Eigenanteil der Marktgemeinde. Festzustellen ist, dass für das gesamte Darlehen eine Laufzeit von lediglich 4 Jahren vereinbart wurde. Eine weitere Neuverschuldung ist bis 2016 im mittelfristigen Investitionsplan nicht mehr vorgesehen, was der notwendigen Konsolidierung des Haushalts entgegenkommt.

Im Zusammenhang mit dem Kindergartenankauf wird darauf hingewiesen, dass für die Finanzierung des Eigenanteils ein Darlehen mit einer Laufzeit von mindestens 15 Jahren abzuschließen und weiters die Zwischenfinanzierung buchhalterisch als eigenes ao. Vorhaben darzustellen ist.

Eine weitere Neuverschuldung ist zu vermeiden.

Nachfolgend wird ein detaillierter Überblick über den Annuitätendienst 2011 - 2012 sowie über den Bestand der verschiedenen Darlehensgruppen Ende 2012 gegeben:

- Investitionsdarlehen des Landes für Siedlungswasserbauten:
Bis Ende 2012 gelangte die Marktgemeinde in den Genuss solcher Darlehen im Gesamtvolumen von rd. € 114.800. Davon konnte 2012 aufgrund eines Beschlusses des Oö. Landtags vom 5.7.2012 ein Anteil von € 14.800 abgeschrieben werden, womit Ende 2012 noch rd. € 100.000 aushafteten. Auch bei diesem Rest kann mit weiteren schrittweisen Abschreibungen gerechnet werden, zumal der Oö. Landtag 2013 für eine 2. Tranche bereits einen Beschluss gefasst hat.
- Laufende Darlehensverpflichtungen:
Von den Ende 2012 aushaftenden Darlehen von rd. € 1,399 Mio. betrafen etwas mehr als zwei Drittel den Siedlungswasserbau, ein Viertel den Bahnausbau und der Rest den Wohnbau und das Freibad. Die für Abgangsgemeinden aufsichtsbehördlich vorgegebene Streckung der Laufzeiten bzw. die Optimierung der Siedlungswasserbaudarlehen hat die Marktgemeinde bereits vollzogen.
Die Zinssätze sind dem allgemeinen Niveau angepasst. Die Zinsvereinbarungen basieren überwiegend auf dem 6-Monats-Euribor + Marge von 0,75 %. Jeweils in einem Fall wird der 3-Monat-Euribor + 0,85 % bzw. die SMR verrechnet. Bei den Darlehen des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds sind Fixzinssätze von 1 bzw. 3 % vereinbart.
Der Schuldendienst bezifferte sich 2011 auf rd. € 84.800 und 2012 auf rd. € 83.200 (bereits abzüglich der Finanzierungs- bzw. Annuitätzuschüsse von rd. € 2.100 bzw. rd. € 8.300 sowie der aufgrund einer Überfinanzierung erfolgten ao. Teiltilgung eines Wasserbaudarlehens von rd. € 6.400). Im laufenden Jahr 2013 wird neuerlich eine in etwa auf Niveau von 2012 gelegene Nettobelastung erwartet. Für das Planjahr 2014 wird aufgrund des voraussichtlichen Beginns der Tilgungsphase zum Kindergartendarlehen kurzfristig ein Belastungsanstieg auf netto rd. € 88.000 prognostiziert, bevor ab 2015 durch das Auslaufen verschiedener Verpflichtungen ein schrittweiser Rückgang des Annuitätendienstes in Aussicht steht.

Leasing

Neben den oa. Darlehensverpflichtungen bestanden Ende 2012 auch noch Leasingverpflichtungen von rd. € 1,131 Mio.. Diese wurden für die mit Ende 2005 abgeschlossene Sanierung und Erweiterung der Volks- und Hauptschule im Gesamtausmaß von rd. € 3,2 Mio. eingegangen. Der Vertrag läuft noch bis 2021. Die laufende Belastung bezifferte sich 2011 auf rd. € 103.800 und 2012 auf rd. 102.600. Im Budget für das laufende Jahr bzw. mittelfristig wurden Belastungen von € 103.100 vorgesehen, wobei der tatsächliche Umfang u. a. von der weiteren Entwicklung des allgemeinen Zinsniveaus abhängig ist.

Kassenkredit

Der vom Gemeinderat festgesetzte Höchstrahmen für die Inanspruchnahme eines Kassenkredites betrug 2011 rd. € 518.300 bzw. 2012 € 543.100. Dies entsprach jeweils einem Sechstel der Einnahmen des ordentlichen Voranschlags und damit dem in § 83 Abs. 1 Oö. GemO. 1990 normierten jährlichen Maximalrahmen. Für das laufende Jahr 2013 konnte aufgrund einer Novelle der Oö. GemO. 1990 der Umfang auf ein Viertel der budgetierten ordentlichen Einnahmen angehoben werden. Der Höchstrahmen wurde 2011 bzw. 2012 durchschnittlich zu etwa 57 % bzw. 44 % ausgeschöpft. Auch 2013 musste bislang laufend ein Kassenkredit in Anspruch genommen werden, wobei sich im Vergleich zu 2012 das Ausmaß vermindert hat. Die Zinsbelastung im 1. Quartal lag bei lediglich rd. € 250.

Zur Berechnung der Sollzinsen wurde 2011 bzw. 2012 der 3-Monats-Euribor mit allgemein üblichen Aufschlägen von 0,39 % bzw. 0,49 % herangezogen. Für das laufende Jahr 2013 haben sich die Konditionen dahingehend verändert, dass der Zuschlag auf 0,85 % - aktuell übliches Niveau - erhöht wurde.

2011 bezifferte sich die Zinsbelastung auf rd. € 5.000, 2012 auf rd. € 3.000.

Der Kassenbestand wies mit Ende 2012 ein Minus von rd. € 103.300 auf, das ausschließlich der fehlenden Liquidität im ordentlichen Haushalt zuzuschreiben war.

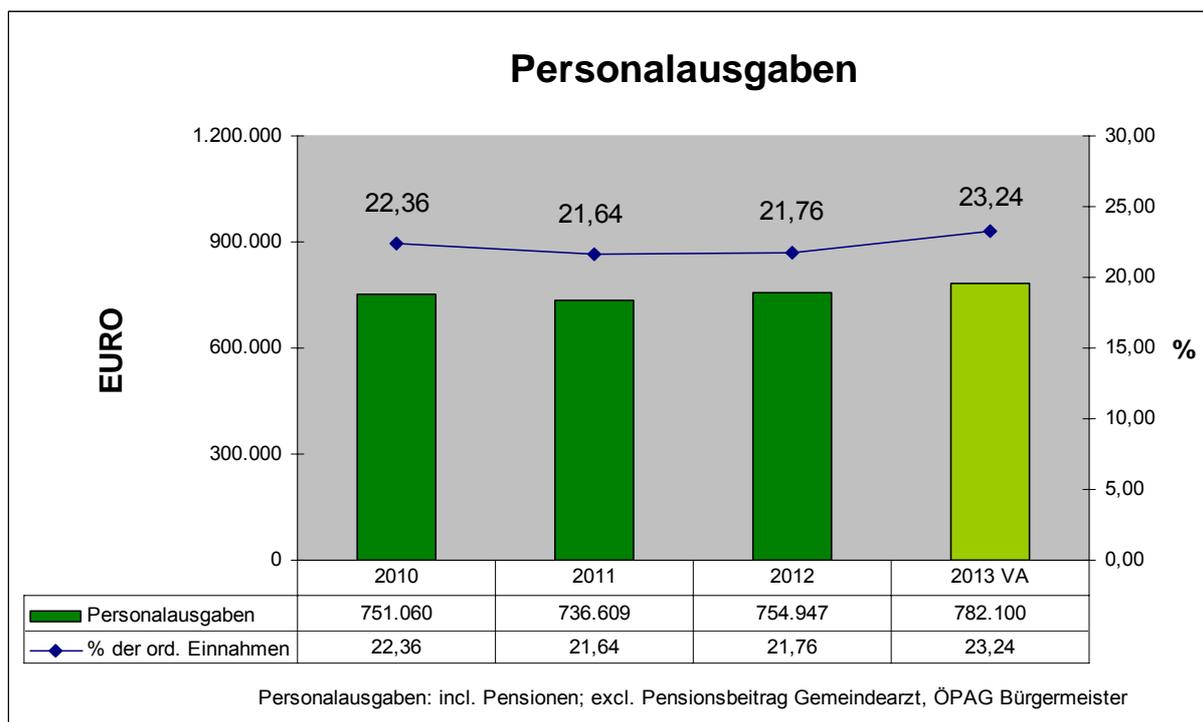
Haftungen

Im Rechnungsabschluss der Marktgemeinde waren Ende 2012 für Darlehen des Reinhaltungsverbandes Mittleres Pramtal (RHV) im Zusammenhang mit der Errichtung einer Kläranlage Haftungen von rd. € 2,010 Mio. ausgewiesen. Aus den RHV-Haftungen resultierten für die Marktgemeinde 2011 bzw. 2012 anteilige Annuitäten von rd. € 114.300 bzw. rd. € 118.200. Daneben hat die Marktgemeinde 2011 bzw. 2012 der örtlichen Feuerwehr für ein im Zuge des Ankaufs eines neuen Kommandofahrzeuges aufgenommenes Darlehen noch Annuitätensätze von € 10.000 bzw. € 5.000 geleistet, wobei der Aufwand im jährlich gewährten Globalbudget Berücksichtigung fand.

Rücklagen

Mit Ende 2012 verfügte die Marktgemeinde über keine Rücklagen. Auch 2013 konnten bislang solche nicht gebildet werden.

Personal



Die Aufwendungen für das Personal (einschließlich der Pensionsbeiträge) verringerten sich von rd. € 751.000 im Jahre 2010 auf rd. € 737.000 im Jahre 2011 und stiegen schließlich 2012 wieder annähernd auf das Niveau von 2010. Diese ungleichmäßige Entwicklung beruhte auf dem überdurchschnittlich hohen Aufwand 2010, verursacht durch eine hohe Abfertigungszahlung für eine ausgeschiedene Bürokräft.

Der lt. VA 2013 vorgesehene überproportional hohe Lohnkostenanstieg resultiert primär aus der Neuaufnahme eines Gemeindefahrers für einen im Jahr 2014 ausscheidenden, aber mit September 2013 in die Altersteilzeit eintretenden Bauhofarbeiter.

Wesentlich beeinflusst wird der Personalkostenzuwachs in den Jahren 2012 und 2013 auch vom gestiegenen Pensionsbeitrag für Gemeindebeamte infolge einer 2011 durchgeführten Pragmatisierung.

Die Lohnkostenquote der Marktgemeinde betrug im Zeitraum 2010 - 2012 in etwa 22 % der ordentlichen Einnahmen. Ergänzend anzumerken ist, dass den Kindergarten die Pfarrcaritas führt und dadurch Netto-Lohnkosten entfallen, andererseits aber die Führung des Freibads einen zusätzlichen Personalaufwand verursacht. Signifikant ist auch der überdurchschnittlich hohe Altersschnitt aller Bediensteten von rd. 50 Jahren und die mittlerweile von 4 Bediensteten in Anspruch genommene Möglichkeit der Altersteilzeit, die in den Folgejahren zur finanziellen Zusatzbelastung führt.

Im Jahre 2012 waren insgesamt 21 Bedienstete mit rd. 15,52 Personaleinheiten (PE) in nachstehenden Bereichen beschäftigt. Vergütungsleistungen zwischen den einzelnen Kostenstellen sind dabei nicht berücksichtigt:

Ansatz	aufsichtsbeh. genehmigte PE	aktueller Ist-Stand PE	Anzahl Bed.	Pers. Aufwand (rd. €)
Allgem. Verwaltung	5,65	5,65	6,00	365.000
Bauhof	3,00	3,00	3,00	134.000
Freibad	1,40	1,40	2,00	55.000
Schulausspeisung	1,08	1,08	2,00	46.000

Volks- und Hauptschule	4,04	4,04	8,00	125.000
Reinigung Amtsgebäude	0,35	0,35	(1 bei HS inkludiert)	25.000
Sonstige				5.000

Dienstpostenplan

Der vom Gemeinderat letztmalig am 13.12.2012 neu festgesetzte und nunmehr aktuelle Dienstpostenplan weicht von der letztmalig aufsichtsbehördlich genehmigten Fassung vom 23.3.2011, IKD(Gem)-210307/37-2011-Pm, insofern ab, als für den neu aufgenommenen Badewart ein Dienstposten mit der Funktionslaufbahn GD 21 - statt bisher GD 19 – geschaffen wurde.

Der Dienstpostenplan bedarf daher angesichts der abgeänderten, nunmehr der Einreihungsverordnung entsprechenden Bewertung der Bademeistertätigkeit der aufsichtsbehördlichen Genehmigung.

Allgemeine Verwaltung

Der genehmigte Dienstpostenplan sieht in der allgemeinen Verwaltung insgesamt 5,65 PE vor und unterschreitet damit den für die Einwohnerkategorie bis 2.500 Einwohner in den Dienstpostenplanverordnungen maximal zulässigen Rahmen von 7 PE um 1,35 PE. Die aktuelle Personalausstattung kann aber als gänzlich ausreichend erachtet werden bzw. bewegt sich im Vergleich mit den bezirksangehörigen Gemeinden, gemessen an der Einwohnerzahl, leicht über dem Durchschnitt.

Die Verwendungen bzw. Funktionen entsprechen dem genehmigten Dienstpostenplan.

Wir weisen darauf hin, dass gemäß der geltenden Oö. Gemeinde-Dienstpostenplanverordnung anstelle des Dienstpostens der Verwendungsgruppe B, Dienstklassen II-VI/N1-Laufbahn für den Leiter des Gemeindeamts ein Dienstposten der Verwendungsgruppe B, Dienstklassen II-VI/N2-Laufbahn, festgesetzt werden kann, wenn der Posteninhaber die Ernennungserfordernisse für die Verwendungsgruppe B erfüllt. Die persönlichen Voraussetzungen sind gegeben, zur Umsetzung der notwendigen Dienstpostenänderung wäre hierfür aber noch ein Beschluss des Gemeinderates herbeizuführen.

Busbegleitung beim Kindergartentransport

Die Transportbegleitung ist zwei Reinigungskräften der Marktgemeinde übertragen, die ihre Tätigkeiten allerdings außerhalb ihrer Vertragsverhältnisse zu einem Pauschalsatz von € 7,20 je Stunde ausüben.

Wir schlagen vor, die Busbegleitungen innerhalb der bestehenden Dienstverhältnisse abzuwickeln und das jeweilige Beschäftigungsausmaß entsprechend anzuheben oder die Beistellung des Begleitpersonals direkt dem Busunternehmen zu übertragen.

Schulwart, Reinigungsarbeiten

Gemeinsam für die Volks- und Hauptschule beschäftigt die Marktgemeinde zur Zeit einen vollbeschäftigten, in der Funktionslaufbahn GD 21 eingereichten Schulwart, der zu rd. einem Drittel auch Reinigungsarbeiten im Schulbereich und im Pramtalsaal ausführt.

Für die Reinigung in beiden Schulen werden zur Zeit rd. 3,07 PE (inkl. Schulwart) bereitgestellt. Nach einer Zusammenstellung der Marktgemeinde erbringen die Reinigungskräfte eine auf die Gebäudenutzfläche bezogene tägliche Reinigungsleistung von durchschnittlich 1.400 m² je PE, womit sie im oberösterreichweiten Vergleich sehr gut abschneiden.

Auch in den Bereichen Musikschule und Amtsgebäude kann mit 0,30 und 0,35 PE die Reinigungsleistung von durchschnittlich 1.200 m² umgerechnet auf 1 PE als durchaus akzeptabel erachtet werden.

Bauhof

Im Bauhofbereich verfügt die Marktgemeinde über 3 vollbeschäftigte Bedienstete mit Facharbeiterqualifikation. Dementsprechend und auf Basis des Dienstpostenplanes sind diese Bediensteten aktuell der Funktionslaufbahn GD 19 und den Entlohnungsgruppen p2 und p3 zugeordnet.

Gemessen an der Größenordnung der Marktgemeinde und unter Bedachnahme auf den hohen zeitlichen und qualifikationsentsprechenden vielseitigen Arbeitseinsatz und angesichts eines Straßennetzes von ca. 32 km sowie der zu betreuenden Grünanlagen im Marktbereich erachten wir die Personalausstattung für vertretbar. Sowohl die Grünraumpflege als auch der Winterdienst werden überwiegend in Eigenregie, letzterer auch unter Beiziehung von Fremdleistungen Dritter, u. a. auch von Aushilfskräften, ausgeführt.

Nach den Arbeitsaufzeichnungen (Basis für die Vergütungen) für das Jahr 2012 entfielen von der Gesamtarbeitszeit (3 PE) rd. 1,3 PE ausschließlich auf Arbeitseinsätze im Straßensbereich (inkl. Winterdienst, Parkanlagen und Bauhof). Für die Wartung der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung wurden 0,4 PE eingesetzt. Rd. 1,3 PE entfallen auf diverse Bereiche mit dem Bedarf an qualifizierten Arbeitseinsätzen.

Im Hinblick auf die geplante Bauhofkooperation mit der Gemeinde Zell/Pram (s. Seite 42) sind personalrelevante Entscheidungen hinkünftig auf die im Rahmen der Prozessbegleitung gemachten Vorüberlegungen abzustimmen.

Bezugsfestsetzung

Entsprechend den Begleitregelungen zur Oö. Gemeinde-Einreichungsverordnung - sie stellen eine generelle Regelung im Sinne des § 4 Abs. 1 Oö. GDG 2002 dar - steht dem in die Funktionslaufbahn GD 19 eingereichten Bauhofarbeiter als Facharbeiter eine Gehaltszulage im Ausmaß von 75 % der Differenz zur Funktionslaufbahn GD 18 zu. Die Nachzahlung ab 1.1.2013 ist daher zu veranlassen.

Jene 5 Reinigungskräfte in der Entlohnungsgruppe p5, die bereits eine 10-jährige Gemeindedienstzeit aufweisen, hätten gemäß Erlass Gem-33/103-1991-Pf vom 13.6.1991 die Voraussetzung erfüllt, bei zufriedenstellender Dienstleistung in den Genuss einer 100 %igen Ergänzungszulage auf die linearen Bezüge der Entlohnungsgruppe p4 zu gelangen. Bei dieser bezugsmäßigen Besserstellung handelt es sich um keine gesetzlich verbindliche Regelung, sondern um eine sog. "Kann-Bestimmung", die üblicherweise angewandt wird. Bei Anwendung dieser Regelung hätte die bestehende Zulage iHv 1 % von V/2 zu entfallen.

Dem Bearbeiter für Bauwesen (Dienstposten C I-IV/N2) wurde aufgrund eines Beschlusses des Gemeindevorstandes vom 5.8.2004 eine jährliche Belohnung iHv 12-fachen des Betrages von 5 % von V/2 (= ca. € 1.400) für außergewöhnliche Dienstleistungen (spezielle EDV-Kenntnisse, Amtsleiterstellvertreter) zuerkannt.

Abgesehen davon, dass die Belohnung, abweichend vom GV-Beschluss, in monatlichen Teilbeträgen angewiesen wird und in dieser Weise im Sinne der Bestimmungen des § 18 abs. 1 des Oö. Landes-Gehaltsgesetzes 1996 nicht zulässig ist, ist die Erbringung außergewöhnlicher Dienstleistungen kritisch zu hinterfragen und in der Folge über die Weitergewährung der Belohnung neuerlich zu entscheiden.

Geschäftsverteilungsplan - Arbeitsplatzbeschreibungen

Der zuletzt 2002 abgeänderte Geschäftsverteilungsplan wurde noch im Zuge der Gebärungseinschau aktualisiert.

Die Arbeitsplatzbeschreibungen bedürfen vereinzelt noch entsprechender Anpassung.

Bedienstetenschutz

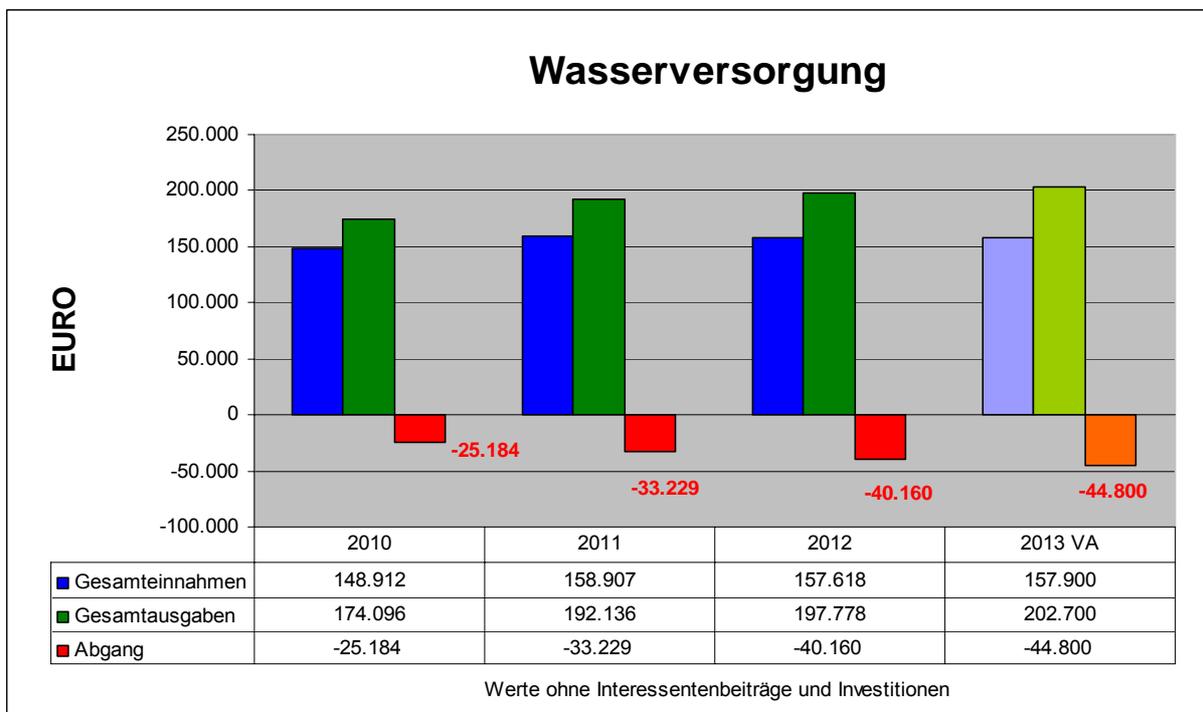
Die Marktgemeinde ist den im Oö. Gemeindebediensteten-Schutzgesetz 1999 (Oö. GbSG), LGBl. Nr. 48/2000, dargestellten grundlegenden Verpflichtungen zum Dienst-

nehmerschutz, wie Bestellung von Präventivfachkräften, Gefahrenewaluierung inkl. Erstellung der Sicherheits- und Gesundheitsschutzdokumente und Information und Unterweisung, nachweislich u. a. durch die Erstellung von Betreuungs- und Unterweisungsprotokollen nachgekommen.

Die sicherheitstechnische Betreuung mit der jährlichen Arbeitsplatzevaluierung erfolgt alljährlich durch externe konzessionierte Sicherheitstechniker (Planungs- und Überprüfungsgesellschaft). Zur medizinischen Betreuung wurde ein Arbeitsmediziner bestellt.

Öffentliche Einrichtungen

Wasserversorgung



Sämtliche Einwohner der Marktgemeinde sind von der öffentlichen Wasserversorgungsanlage erfasst. Ein Ausbau erfolgte innerhalb des Beobachtungszeitraums im Rahmen der Aufschließung der Siedlungsgebiete Pomedt, Schwaben, Birkenallee und des Gewerbeparks sowie der Errichtung der Drucksteigerungsanlage Berg (s. Ausführungen ao. H.). Das Wasser wird seit 1993 gänzlich von einem überregional tätigen Versorgungsunternehmen zugekauft.

Die Betriebsgebarung stellte sich 2010 - 2012 mit einem Gesamtminus von rd. € 98.600 durchgehend negativ dar. Das jährliche Defizit erhöhte sich dabei kontinuierlich von vorerst rd. € 25.200 auf letztendlich rd. € 40.200. Diese negative Entwicklung beruhte vorwiegend auf allgemeinen Preissteigerungen und wachsenden Instandhaltungen sowie Annuitäten, denen keine ausreichenden Gebühreuzuwächse gegenüberstanden.

Der Anteil des Schuldendienstes an den Gesamtausgaben bewegte sich mit durchschnittlich rd. € 26.600, d.s. etwa 14 % der Betriebsausgaben, in einem vertretbaren Rahmen.

Dem entgegen lagen die Instandhaltungen mit durchschnittlich € 18.900, d. s. etwa 10 % der Betriebsausgaben, auf vergleichsweise hohem Niveau. Ein Teil der Anlage besteht seit mehr als 50 Jahren und ist bereits überaltert, womit vermehrt Leitungsschäden bzw. Instandsetzungen einhergehen.

Diese verursachen auch einen hohen Wasserschwind, der mit jährlich durchschnittlich rd. 19.000 m³ bzw. ca. 17,5 % des Gesamtbezuges im Vergleich mit jenem zum Zeitpunkt der letzten Gebarungseinschau (2005 Verlust von ca. 45 %) zwar bereits deutlich eingedämmt werden konnte, aber die generelle Toleranzgrenze von rd. 10 % immer noch deutlich überschreitet. Die Kosten für den Wasserverlust bezifferten sich 2010 - 2012 auf durchschnittlich rd. € 6.000. Die Marktgemeinde führt aus, dass sie laufend bestrebt ist, veraltete Wasserstränge zu erneuern, wobei die Umsetzung im Hinblick auf die angespannte Haushaltslage nur beschränkt möglich ist.

Der Wasserpreis des Versorgungsunternehmens setzt sich aus einem fixen Grundentgelt (Bestellmenge und Bezugsanwartschaft) und einem verbrauchsabhängigen Entgelt zusammen. Für 2012 errechnet sich ein Gesamteinkaufspreis von rd. € 1,16 je m³. Diesem steht ein den Wasserbeziehern weiterverrechneter Tarif von € 1,59 je m³ (in der Gebührenkalkulation ausgewiesener Wert) gegenüber. Somit verbleiben der Marktgemeinde für die Bedeckung der laufenden Aufwendungen rd. € 0,43 je m³. Damit konnte innerhalb des Beobachtungszeitraums kein ausgeglichenes Betriebsergebnis erzielt werden bzw. ist ein solches auch in absehbarer Zeit nicht zu erwarten.

Die Aufwendungen inkludieren einen Verwaltungskostenbeitrag von jährlich € 1.000, wobei dieser seit 2007 unverändert blieb.

Eine Neubewertung der anfallenden Verwaltungsleistungen hat daher unter dem Aspekt der Kostenwahrheit zu erfolgen. Daneben erscheint auch eine jährliche Indexanpassung der Verwaltungskostentangente auf Basis der prozentuellen Lohnerhöhungen geboten. Diese Feststellungen gelten gleichlautend auch für den Betrieb der Abwasserentsorgung und der Abfallbeseitigung.

Die Gebührensätze der Marktgemeinde stellen sich wie folgt dar, wobei die Sätze der Bezugsgebühren den jährlichen Gebührenkalkulationen entnommen sind - zum Vergleich sind die Mindestrichtsätze des Landes vorangestellt (jeweils exkl. MWSt.):

Jahr	Anschlussgebühr				Benützungsg Gebühr			
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Landesrichtsatz	1.701	1.733	1.792	1.831	1,48	1,51	1,55	1,58
Gebührensatz Gde.	1.706	1.733	1.792	1.831	1,55	1,59	1,59	1,62

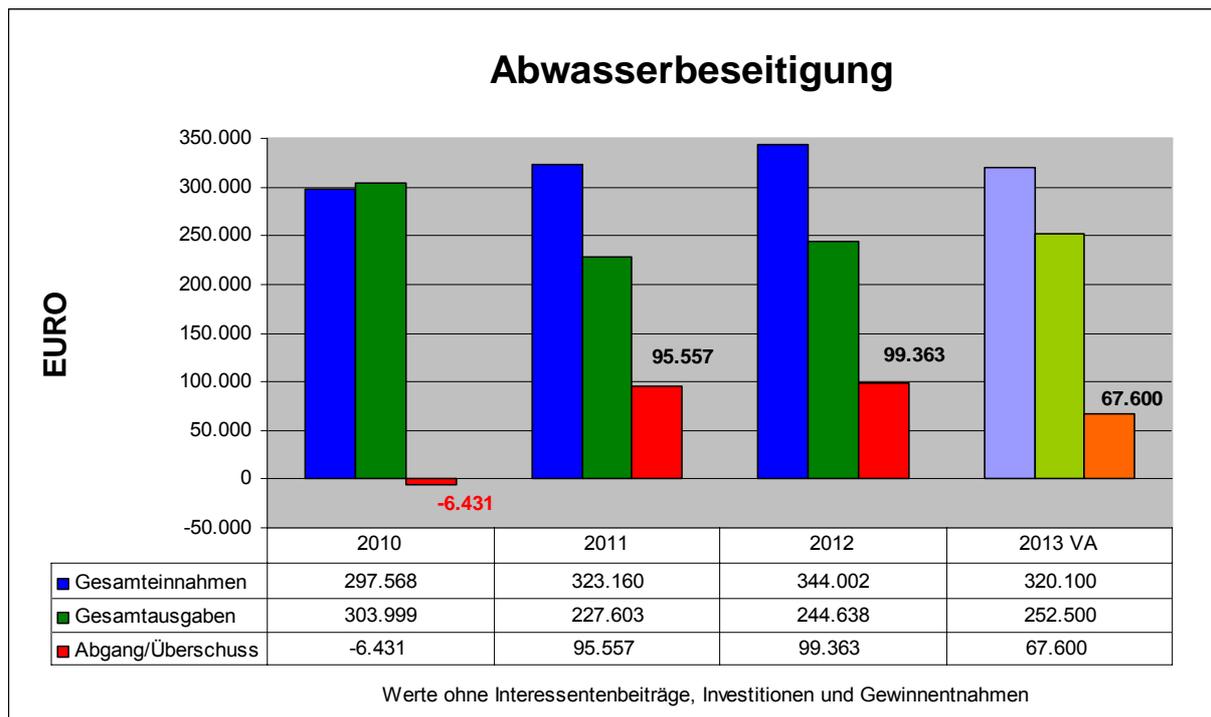
Die Anschlussgebühr für Wohnbauten beträgt aktuell € 12,20 je m², wobei mindestens 150 m² in Rechnung gestellt werden (= Mindestgebühr).

Die Bezugsgebühr setzt sich aktuell aus einem Grundentgelt je Haushalt von jährlich rd. € 22,73 und weiters aus einem verbrauchsabhängigen Entgelt von € 1,35 je m³ Wasser zusammen.

Für die von der Marktgemeinde bereitgestellten Wasserzähler wird monatlich € 1 in Rechnung gestellt. Die Gebühr deckt den Aufwand für den wiederkehrenden Zählertausch.

Zur Wassergebührengestaltung der Marktgemeinde stellen wir zusammenfassend fest, dass sich diese innerhalb der aufsichtsbehördlichen Vorgaben bzw. Empfehlungen bewegt. Ein Handlungsbedarf auf Anpassung besteht somit erst wieder mit Jahresbeginn 2014 im Zuge der jährlichen Erhöhung der Landes-Mindestrichtsätze.

Abwasserbeseitigung



Der Anschlussgrad an die Kanalanlage stellt sich mit 98 % (etwa 1.960 Einwohner) gleichhoch wie jener der öffentlichen Wasserversorgung dar.

Die Anlage wurde innerhalb des Beobachtungszeitraums gleichzeitig mit dem Ausbau der Wasserversorgung im Rahmen der Aufschließung der Siedlungsgebiete Pomedt, Schwaben und Birkenallee sowie des Gewerbeparks erweitert (s. ao. Ausführungen). Neue Belastungen werden mittelfristig Instandsetzungsmaßnahmen bei einem Teil der bereits veralteten und sanierungsbedürftigen Kanalstränge nach sich ziehen: In diesem Zusammenhang sind im Voranschlag 2013 ao. Aufwendungen von € 67.000 vorgesehen, zu deren Teilbedeckung bereits 2012 Interessenten- bzw. Aufschließungsbeiträge von rd. € 45.100 reserviert wurden.

Die Reinigung der Abwässer erfolgt in der Kläranlage des Reinhaltungsverbandes (RHV) Mittleres Pramtal, dem neben Riedau weiters die Gemeinden Zell/Pram, Dorf/Pram und Taiskirchen/Ikr. angehören. Die Kläranlage ist für 9.500 Einwohnergleichwerte, wovon auf Riedau etwa 4.600 entfallen, ausgelegt.

Riedau weist im Vergleich mit anderen Gemeinden eine relativ dichte Verbauung auf. Dieser Umstand beeinflusst die laufende Betriebsgebarung der Kanalanlage äußerst positiv. Trotzdem wurde 2010 ein Minus von rd. € 6.400 erwirtschaftet, das im krassen Gegensatz zu den Überschüssen der Folgejahre 2011 bzw. 2012 von rd. € 95.600 bzw. rd. € 99.400 steht. Der Grund für die massive Abweichung ist in vermehrten Instandhaltungsmaßnahmen, die überwiegend im Zusammenhang mit der vorgeschriebenen Überprüfung der Kanalanlage (Kamerabefahrung) standen, zu finden. Im Zuge dieser wurden in Absprache mit der Aufsichtsbehörde 2008 - 2010 Aufwendungen von insgesamt rd. € 148.700 getätigt, von denen jedoch 2012 im Zuge der Endabrechnung rd. € 18.900 wieder rückerstattet wurden. Die Gesamtaufwendungen bezifferten sich somit letztendlich auf rd. € 129.800.

Ein hoher Anteil der Betriebsaufwendungen entfiel innerhalb des Beobachtungszeitraums auf die Annuitäten der Kanalbau Darlehen der Marktgemeinde sowie des RHV. Die nachfolgende Aufstellung gibt diesbezüglich einen detaillierten Überblick, wobei sich die Werte bereits abzüglich der vereinnahmten Finanzierungszuschüsse verstehen:

Finanzjahr	2010	2011	2012
Annuitäten Marktgemeinde	12.800	28.600	23.300
Annuitätenanteil RHV	112.700	114.300	118.200
Gesamtschuldendienst	125.500	142.900	141.500
Anteil an den ABA-Ausgaben	41 %	63 %	58 %

Mittelfristig ist - abgesehen von etwaigen Veränderungen der Zinslandschaft - im Bereich der Kanalbaudarlehen der Marktgemeinde eine etwa gleichbleibende Schuldendienstbelastung zu erwarten. Im Gegensatz dazu wird jedoch für die Darlehen des RHV ein Belastungsrückgang auf rd. € 100.000 prognostiziert.

Seit 2007 wird in der Buchhaltung unverändert ein Verwaltungskostenbeitrag von € 1.000, dargestellt. Hinsichtlich einer entsprechenden Neubewertung verweisen wir auf unsere Feststellungen im Bereich der Wasserversorgung.

Die Gebührensätze der Marktgemeinde stellen sich wie folgt dar, wobei die Sätze der Benützungsgebühren den jährlichen Gebührenkalkulationen entnommen sind - zum Vergleich sind die Mindesttrichsätze des Landes vorangestellt (jeweils exkl. USt.):

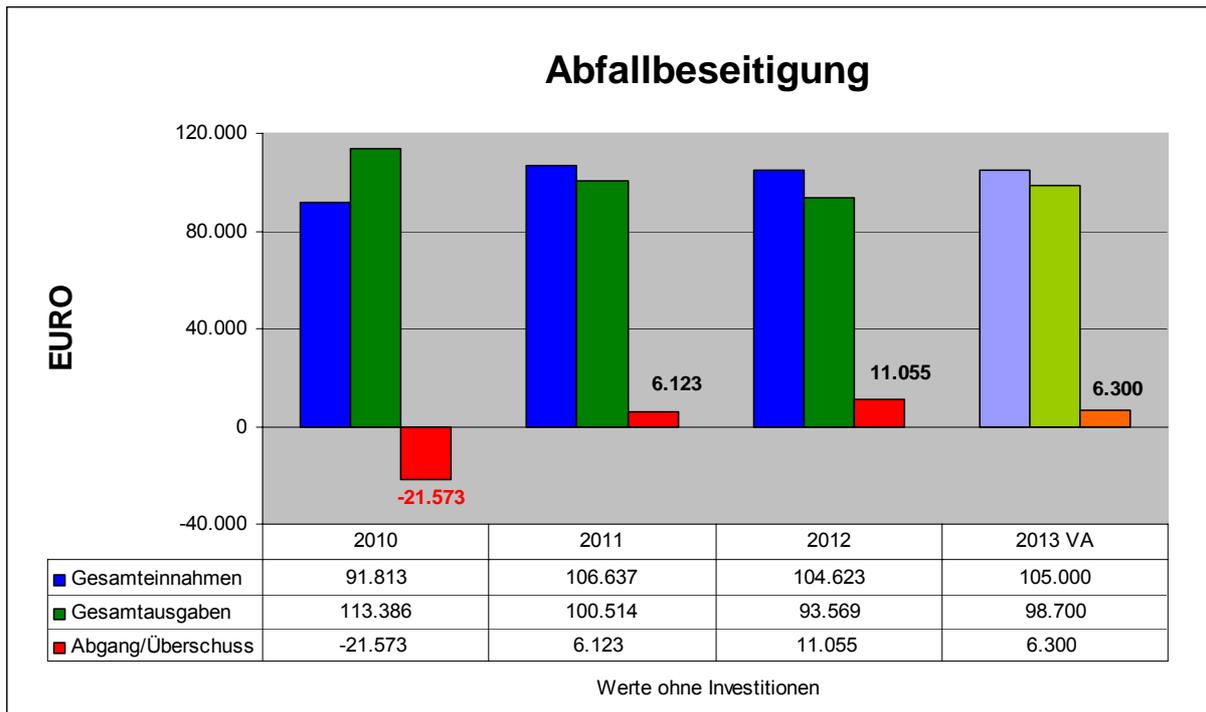
Jahr	Anschlussgebühr				Benützungsggebühr			
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Landesrichtsatz	2.837	2.891	2.990	3.054	3,36	3,42	3,53	3,60
Gebührensatz Gde.	2.837	2.891	2.990	3.054	3,49	3,67	3,67	3,71

Die Anschlussgebühr für Wohnbauten beträgt aktuell € 20,36 je m², wobei mindestens 150 m² in Rechnung gestellt werden (= Mindestgebühr).

Die Benützungsggebühr setzt sich aktuell aus einem Grundentgelt je Haushalt von jährlich rd. € 22,73 und weiters aus einem verbrauchsabhängigen Entgelt von € 3,40 je m³ bezogenen Wassers zusammen.

Zur Gebührengestaltung der Marktgemeinde stellen wir fest, dass sich diese innerhalb der aufsichtsbehördlichen Vorgaben bzw. Empfehlungen bewegt. Ein Handlungsbedarf auf Anpassung besteht somit erst wieder mit Jahresbeginn 2014 im Zuge der jährlichen Erhöhung der Landes-Mindesttrichsätze.

Abfallbeseitigung



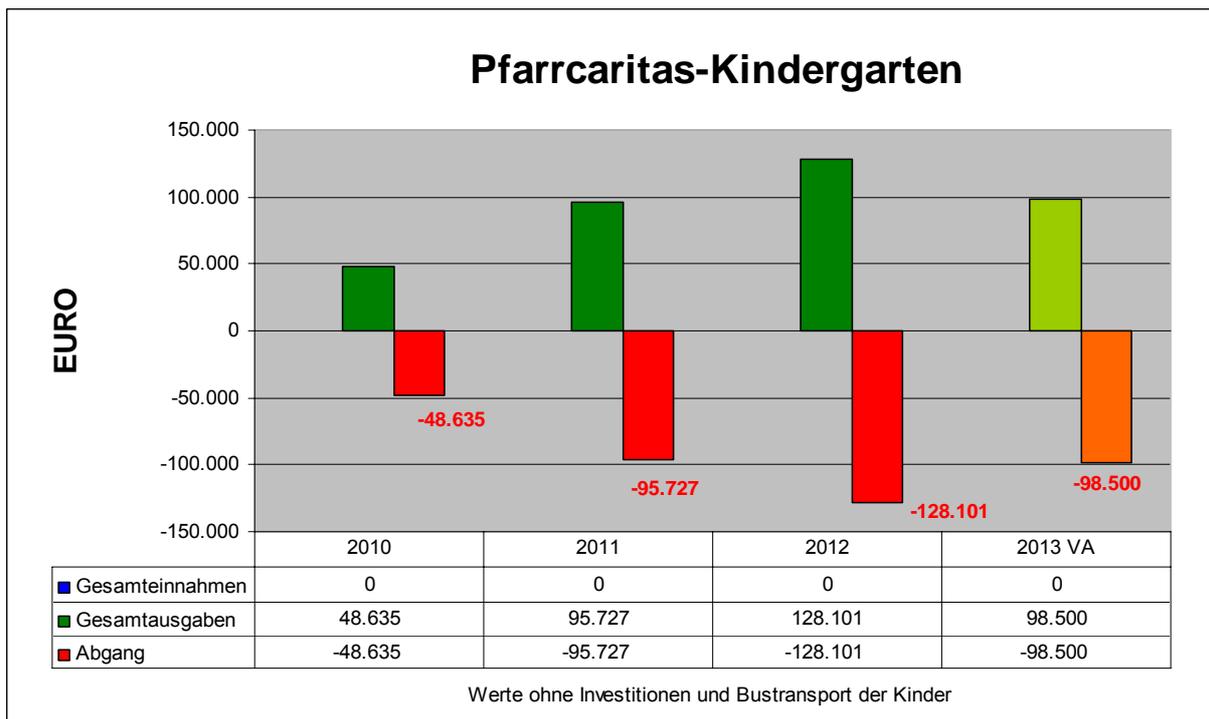
Die Abfallgebarung weist im Zeitraum 2010 - 2012 einen Gesamtfehlbetrag von rd. € 4.400 aus, wobei sich das Betriebsergebnis äußerst positiv entwickelte. 2010 wurde noch ein Minus von rd. € 21.600 erwirtschaftet. Dem entgegen konnten in den Folgejahren 2011 bzw. 2012 bereits Überschüsse von rd. € 6.100 bzw. rd. € 11.100 erzielt werden. Die massive Veränderung 2010 - 2011 war überwiegend darauf zurückzuführen, dass einerseits 2010 bereits 2009 aufgelaufene Aufwendungen in den Bereichen Biosäcke und Kompostierung nachträglich vorgeschrieben wurden und andererseits 2011 die Aufwendungen für die Mülldeponierung und die Transferleistungen an den Bezirksabfallverband (BAV) zurückgingen sowie sich die Einnahmensituation durch Gebührenerhöhungen verbesserte. 2012 konnte der BAV aufgrund der positiven Entwicklung der Altstoffpreise den Abfallwirtschaftsbeitrag von € 7,20 auf € 5 je Einwohner senken, was bei der Marktgemeinde zu einer Erhöhung des Überschusses gegenüber 2011 führte.

Da der Betrieb auch über einen längeren Zeitraum (ab 2005) keine Kostendeckung aufweist, fordern wir die Marktgemeinde auf, die Abfallgebühren hinkünftig so zu kalkulieren bzw. festzusetzen, dass längerfristig ein ausgeglichenes Betriebsergebnis erzielt werden kann.

Die Aufwendungen inkludieren einen Verwaltungskostenbeitrag von jährlich € 1.000. Hinsichtlich einer entsprechenden Neubewertung des seit 2007 unveränderten Wertes verweisen wir auf unsere Feststellungen im Bereich der Wasserversorgung.

Die geltende Abfallgebührenordnung hat der Gemeinderat am 16.12.2010 erlassen. Die Restabfallgebühr für Haushalte je 90-Liter-Tonne (exkl. USt.) setzt sich zusammen aus einem Grundentgelt von jährlich rd. € 36,40 und einem Mengentgelt von rd. € 3,80. Bei Inanspruchnahme des 2- bzw. 4-wöchentlichen Intervalls errechnet sich eine Endgebühr je Entleerung von rd. € 5,20 bzw. rd. € 6,60.

Kindergarten



Der Kindergarten wurde bis zur Saison 2002/03 von der Kongregation der Marienschwestern vom Karmel und im Anschluss daran von der Caritas Linz geführt. Ab der Saison 2012/13 hat schließlich die Pfarrcaritas Riedau den Betrieb übernommen. Mit dem zuletzt erfolgten Betriebsübergang ergab sich für die Marktgemeinde die Notwendigkeit des Ankaufs des Kindergartenobjektes. Die Kaufabwicklung erfolgt im laufenden Jahr 2013. Der Kaufpreis von € 275.000 wird vorerst durch ein Darlehen zwischenfinanziert. Davon wird der Marktgemeinde nach Flüssigmachung bis 2017 vorgemerker LZ und BZ letztendlich ein Eigenanteil von € 70.800 verbleiben. Die obige Graphik enthält keinerlei Einnahmen, zumal diese direkt beim Kindergartenbetreiber dargestellt bzw. bei der Berechnung der Abgangsdeckung berücksichtigt werden.

Mit der Caritas Linz wurde zuletzt 2008 ein Arbeitsübereinkommen vereinbart, in dem u.a. geregelt war, dass die Marktgemeinde einen sich ergebenden Betriebsabgang (inkl. Schülerhort) übernimmt. Für die Pfarrcaritas wurden provisorisch die mit der Caritas Linz bestandenen Regelungen angewendet, zumal bis zum Prüfungszeitpunkt der vom Land OÖ. neuerstellte Mustervertrag nur im Entwurf vorlag.

Zwischenzeitlich liegt das neue Vertragsmuster vor, mit dem sich der Gemeinderat nunmehr zu befassen hat.

In den Saisonen 2009/10 - 2011/12 wurde der Kindergarten durchgehend 3-gruppig geführt. Die Besucherzahl bewegte sich bei durchschnittlich 56 Kindern, davon jeweils zwischen 1 - 3 Integrationskinder sowie jeweils zwischen 1 - 4 Kinder unter 3 Jahren. In der aktuellen Saison 2012/13 werden in 3 Gruppen insgesamt 62 Kinder betreut, davon 1 Integrationskind und 2 Kinder unter 3 Jahren.

Im Zeitraum 2010 - 2012 bescherte der Kindergarten der Marktgemeinde einen Nettoaufwand im beachtlichen Umfang von rd. € 272.500. Das Defizit stieg von 2010 auf 2011 von rd. € 48.600 auf rd. € 95.700. Die beinahe Defizitverdoppelung war u.a. dadurch bedingt, dass bei der Abgangsdeckung 2010 auf ein Guthaben aus 2009 von rd. € 13.700 zurückgegriffen werden konnte, die Abgangsdeckung 2011 jedoch eine Nachzahlung für 2010 von rd. € 10.200 inkludierte. Einen weiteren Grund stellte die zeitverzögerte Anweisung der

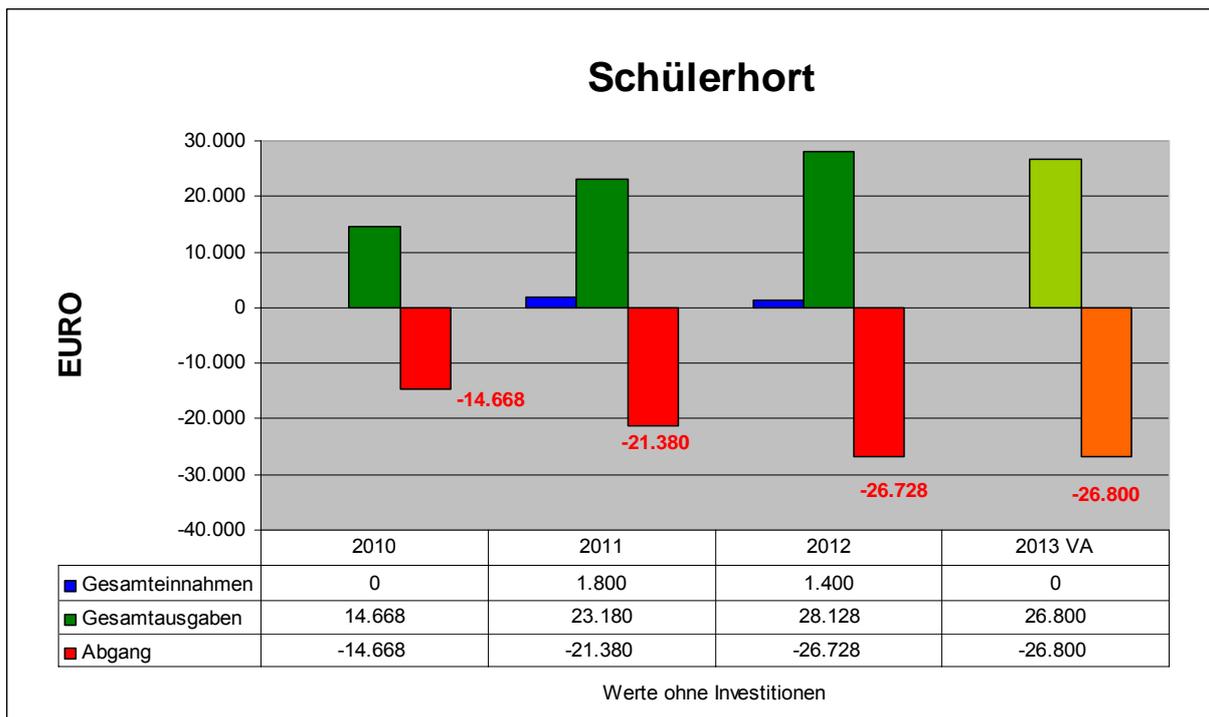
Landesbeiträge für das Betreuungspersonal bzw. die Umstrukturierung der Bezuschussung durch das Land OÖ. aufgrund der diesbezüglichen Neuregelung in der Oö. Kindergarten- und Hortegesetznovelle dar. Das Defizit 2012 stieg neuerlich an und erhöhte sich auf rd. € 128.100. Die Erhöhung stand u. a. im Zusammenhang mit vermehrten Instandhaltungsmaßnahmen und Bauhofleistungen sowie einer gestiegenen Abgangsdeckung (Nachzahlung für 2011 und gänzlicher Ausgleich des Betriebsergebnisses der Caritas Linz 2012 durch den Wechsel in der Betriebsführung).

Bei Umlegung des jährlichen Defizits auf die Besucherzahl errechnet sich ein Pro-Kopf-Aufwand für 2010 von rd. € 880, für 2011 von rd. € 1.700 und für 2012 von rd. € 2.200. Die Quoten für 2011 und 2012 bewegen sich auf vergleichsweise hohem Niveau. Lt. VA 2013 sollte sich die Zuschussquote wieder deutlich senken.

Das Personal ist mit Ausnahme der Begleitung beim Bustransport, die zwei Reinigungskräften der Marktgemeinde übertragen ist, bei der Pfarrcaritas beschäftigt. Hinsichtlich Begleitpersonal wird auf die Ausführungen beim Abschnitt "Personal" verwiesen.

Der Bustransport der Kinder, der in der obigen Graphik nicht berücksichtigt ist, schlug 2010 - 2012 mit einem Gesamtminus von rd. € 19.500 zu Buche. Für das Begleitpersonal beim Transport werden entsprechend den Empfehlungen des Landes € 8 je Kind und Monat eingehoben.

Schülerhort



Die Führung des Schülerhortes, den es in Riedau seit der Schulsaison 2007/08 gibt, obliegt dem Betreiber des Kindergartens. Die Einrichtung ist während der Schulzeit von Montag - Donnerstag jeweils von 11:30 - 16:30 Uhr und freitags von 11:30 - 16:00 Uhr geöffnet. Das Betreuungspersonal wird vom Betreiber bereitgestellt. Die in der obigen Graphik ausgewiesenen Eingänge stellen Gastbeiträge der Nachbargemeinden dar, alle sonstigen Einnahmen werden direkt beim Kindergartenbetreiber dargestellt bzw. bei der Berechnung der Abgangsdeckung berücksichtigt. Hinsichtlich Feststellungen zum Arbeitsübereinkommen mit dem Betreiber wird auf den Abschnitt Kindergarten verwiesen.

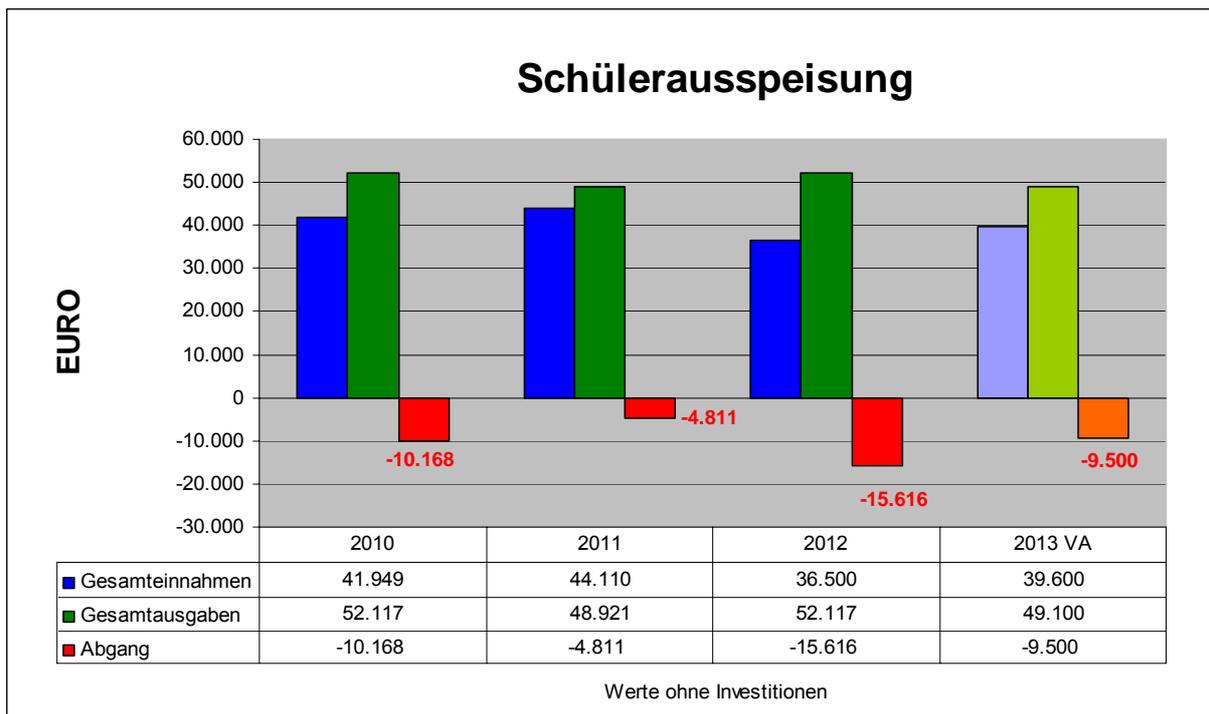
Die Betriebsgebarung stellte sich im Zeitraum 2010 - 2012 mit rd. € 62.800 durchgehend negativ dar. Das Defizit stieg von vorerst rd. € 14.700 schrittweise auf letztendlich rd. € 26.700. Der verminderte Abgang 2010 stand überwiegend im Zusammenhang mit der Übernahme von Guthaben aus Vorjahren.

Besuchten in der Saison 2009/10 bzw. 2010/11 noch 20 bzw. 21 Personen den Hort, so sank die Frequenz 2011/12 auf 16 und in der aktuellen Saison 2012/13 weiter auf 12 Personen.

Bei Umlegung der Defizite auf die Besucherzahl errechnet sich ein Pro-Kopf-Aufwand für 2010 von rd. € 720, für 2011 von rd. € 1.110 und für 2012 von rd. € 1.800.

Zur Verbesserung der Einnahmensituation wird angeregt, das Betreuungsangebot verstärkt zu bewerben bzw. Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung zu setzen.

Schülerspeisung



Der Ausspeisungsbetrieb, der sich im Schulzentrum befindet, ist für die Volks- und Hauptschule sowie für den Kindergarten in der Schulzeit alle 5 Wochentage geöffnet.

Die gesamten Arbeiten - ausgenommen die Funktion der Kochstellenleitung, die von der Hauptschuldirektorin ausgeübt wird - haben innerhalb des Beobachtungszeitraums zwei Bedienstete (VB II p3) mit insgesamt 1,08 Personaleinheiten (PE) bewältigt. Mit diesen hat die Marktgemeinde zwischenzeitlich Vereinbarungen hinsichtlich einer geblockten Altersteilzeit abgeschlossen, womit bereits im Herbst 2013 bzw. Frühjahr 2014 Personalrochaden einhergehen.

Die Betriebsgebarung stellte sich 2010 - 2012 bei einem Gesamtminus von rd. € 30.600 durchgehend negativ dar, wobei die jährlichen Fehlbeträge zwischen rd. € 4.800 und rd. € 15.600 schwankten. Das erhöhte Minus 2012 ist überwiegend begründbar mit Einnahmeentgängen aufgrund der verminderten Besucherfrequenz sowie der schwankenden Schülerzahlen aus umliegenden Gemeinden. Allgemein negativ auf die Betriebsgebarung wirken sich die aus der 2005 abgeschlossenen Schulsanierung resultierenden jährlichen Leasingraten, die 2010 - 2012 durchschnittlich rd. € 2.900 betragen und die erst 2021 vollständig beglichen sind, aus.

Bei Umlegung des Fehlbetrages 2012 auf die ausgegebene Portionszahl errechnet sich eine Subventionsquote von 86 Cent.

In den Schuljahren 2009/10 und 2010/11 wurden durchschnittlich ca. 19.900 Portionen ausgegeben. Im Folgejahr 2011/12 sank die Anzahl auf ca. 18.200, was laut Ausführungen der Marktgemeinde überwiegend im Zusammenhang mit einer rückläufigen Schülerzahl stand. Im laufenden Schuljahr 2012/13 werden neuerliche bzw. weitere Rückgänge an Essensportionen im Ausmaß von ca. 10 % erwartet. Laut Ausführungen der Marktgemeinde werden aktuell wöchentlich ca. 500 Portionen verabreicht. Davon entfallen auf Montag - Donnerstag durchschnittlich jeweils ca. 110, auf Freitag jedoch lediglich ca. 60 Portionen. Anhand der Besucherfrequenz bzw. des Personaleinsatzes errechnet sich für 2009/10 bzw. 2010/11 eine Portionszahl je PE von durchschnittlich ca. 18.500 und für 2011/12 eine solche von ca. 16.900. Diese Werte bewegen sich innerhalb der bezirksweiten Durchschnitte

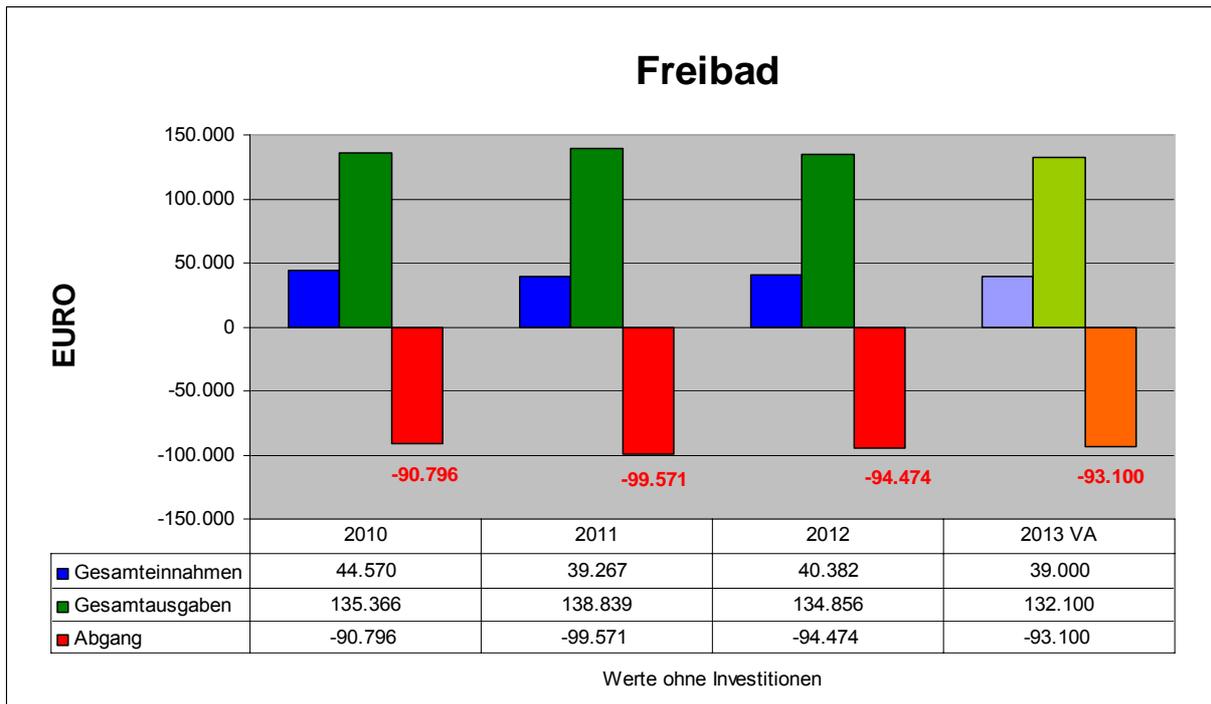
(2009/10 und 2010/11 ca. 17.100 und 2011/12 ca. 16.800). Der Personaleinsatz der Marktgemeinde kann daher bis Ende Schuljahr 2011/12 als angepasst angesehen werden.

Im Hinblick auf den eingeschränkten Schul- bzw. Kindergartenbetrieb an Freitag-Nachmittagen und die damit bedingte geringe Inanspruchnahme sehen wir keine unbedingte Notwendigkeit, an diesen Tagen die Ausspeisung weiter anzubieten. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht ist daher die Aufrechterhaltung des Freitagbetriebes zu überdenken. Jedenfalls wird bei Fortdauer der rückläufigen Besucherfrequenz zumindest das Beschäftigungsausmaß des Küchenpersonals entsprechend zu vermindern sein.

Alternativ dazu sollte auch in Betracht gezogen werden, die Schulausspeisung in Kooperation mit der Nachbargemeinde Zell/Pram zu führen oder das Essen vom relativ nahe gelegenen Pflegeheim in Zell/Pram zu beziehen. Im Hinblick auf bevorstehende Entscheidungen hinsichtlich der Schaffung der räumlichen Voraussetzungen in der Gemeinde Zell/Pram erwarten wir die rasche Erstellung von Kalkulationsmodellen.

Der Essensbeitrag lag bis Ende des Schuljahres 2009/10 noch bei € 2 je Kinder- bzw. bei € 2,80 je Erwachsenenportion. Ab September 2010 erfolgte dann eine Veränderung dahingehend, dass Kinder bei durchgehender Inanspruchnahme € 2,30 bzw. bei tagweiser Anmeldung € 2,50 und Erwachsene fix € 3,50 je Portion zu entrichten haben. Die aktuellen Essenstarife bewegen sich damit über den geltenden Landesrichtsätzen von € 2,20 für Kinder bzw. € 3,20 für Erwachsene.

Freibad



Bis 2007 verfügte Riedau zusätzlich zum Freibad auch über ein öffentliches Hallenbad, das jedoch aufgrund dringender Sanierungsbedürftigkeit geschlossen und Anfang 2008 zum Zwecke des Betriebs eines Fitnessstudios, einer Saunanlage und eines Buffets vermietet (s. Ausführungen hierzu im Abschnitt "Vermietungen") wurde.

2009 hat die Marktgemeinde schließlich das Gebäude mit einem Kostenaufwand von rd. € 137.000 entsprechend umgebaut. Im Bereich des Freibads wurde 2008 u.a. eine neue Filter- und weiters eine Solaranlage errichtet und 2009 eine neue Wasserrutsche eingebaut. Der Aufwand für diese Maßnahmen bezifferte sich auf insgesamt rd. € 823.000. Im Laufe des Jahres 2012 erfolgte schließlich um rd. € 12.500 der Einbau eines neuen Kinderplanschbeckens.

Das Freibad verfügt mit insgesamt 1.280 m² über die größte Wasserfläche aller bezirksangehörigen öffentlichen Bäder. Die gesamte Freibadfläche bewegt sich mit ca. 14.200 m² in einem durchschnittlichen Bereich.

Im Freibad sind ein vollbeschäftigter Bademeister (Funktionslaufbahn GD 21) und eine mit 40 % teilbeschäftigte Reinigungskraft (Funktionslaufbahn GD 25), die auch die Vertretung des Bademeisters und bei großem Andrang die Kassiertätigkeit ausübt, eingesetzt. Der Personaleinsatz ist bezogen auf die Größe der Anlage dem Bedarf angepasst.

Der Betrieb erwirtschaftete 2010 - 2012 ein Defizit von insgesamt rd. € 284.800 bzw. von jährlich durchschnittlich rd. € 94.900. Umgelegt auf die Besucherfrequenz errechnen sich die nachfolgenden Kopfquoten:

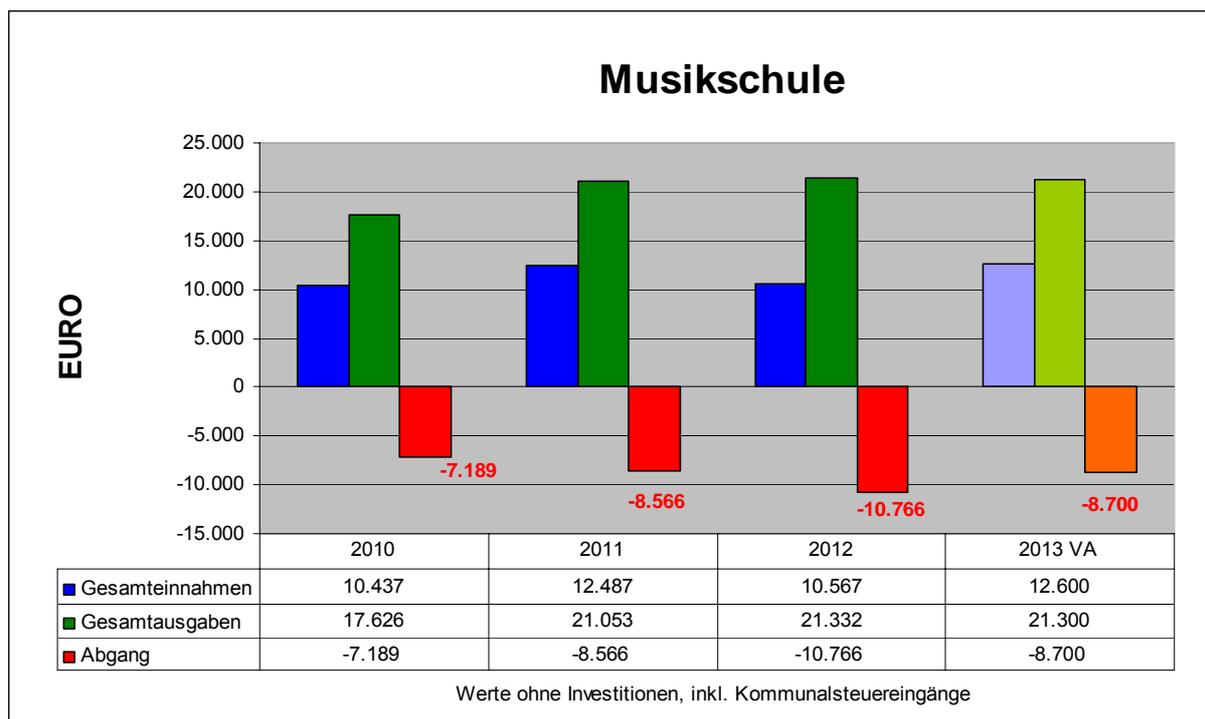
Badesaison	2010	2011	2012	Ø
Besucher	21.182	23.353	22.669	22.401
Öffnungstage	51	65	63	60
Besucher je Öffnungstag	415	359	360	375
Aufwand je Besucher in €	4,29	4,26	4,17	4,24

Der Umfang des jährlichen Defizits stellt sich im Vergleich mit den bezirksangehörigen öffentlichen Freibädern als hoch dar. Begründbar sind diese ausgeprägt defizitären Betriebssalden primär mit der Größe der Anlage, aber auch damit, dass abweichend zu

anderen Freibädern in Riedau das benötigte Wasser aus der öffentlichen Versorgungsanlage bezogen wird. Die Kosten hierfür fallen als Wasserbezugs- und Kanalbenützungsgebühren in alljährlich beträchtlicher Höhe zur Last und bezifferten sich 2012 auf rd. € 29.000. Zudem sind rd. € 10.000 an jährlichen Annuitätenleistungen aufzubringen.

Die Badtarife hat der Gemeinderat zuletzt in der Sitzung vom 26.5.2013 angepasst. Sie bewegen sich auf Niveau der bezirksangehörigen Freibäder.

Musikschule



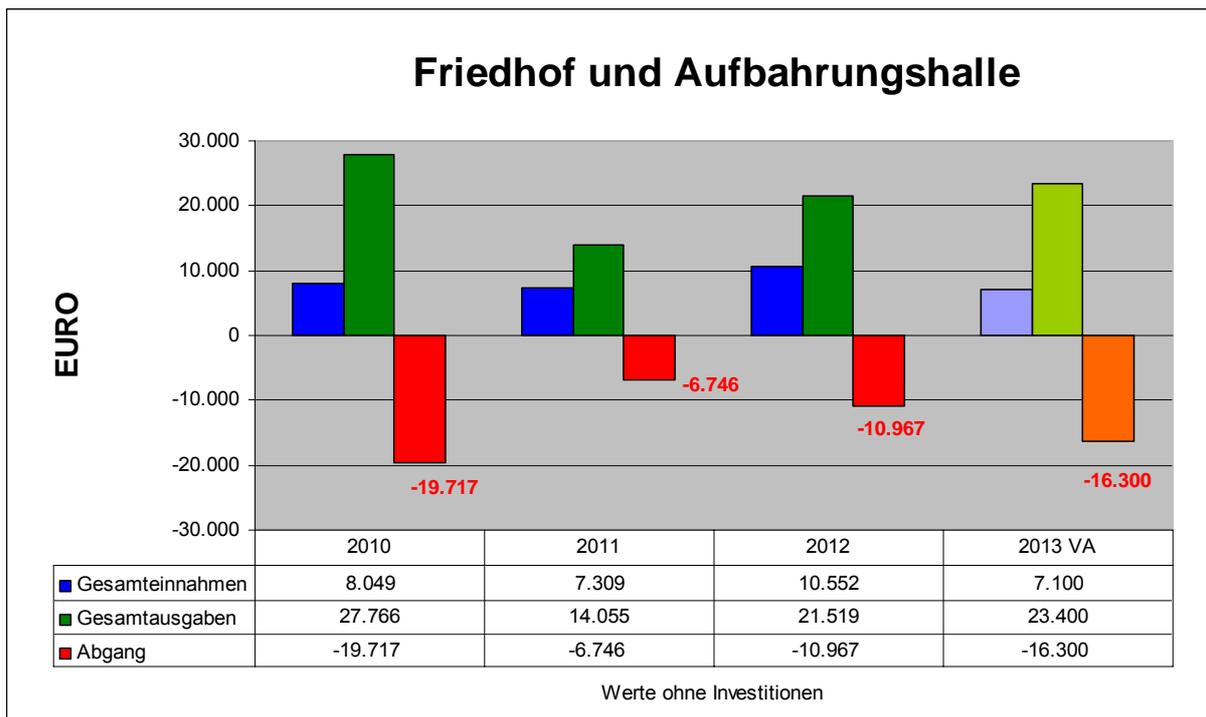
Die Musikschule Riedau wird im Rahmen des Oö. Landesmusikschulwerkes betrieben und ist eine Zweigstelle der Musikschule Neumarkt am Hausruck. Die Schule ist in einem im Ortszentrum Riedau befindlichen ehemaligen Geschäftsgebäude, das die Marktgemeinde 1999 käuflich erworben und anschließend adaptiert und generalsaniert hat, untergebracht.

In der laufenden Saison 2012/13 besuchen 146 Schüler die Musikschule Riedau. Davon stammen 57 Schüler (etwa 39 %) aus Riedau und 89 Schüler (etwa 61 %) aus 9 umliegenden Gemeinden. Den Wohnsitzgemeinden der auswärtigen Schüler wird entsprechend den aufsichtsbehördlichen Vorgaben ein Deckungsbeitrag von € 50 je Schüler und Schuljahr vorgeschrieben. Die diesbezüglichen Eingänge bezifferten sich 2010 - 2012 im Schnitt auf rd. € 4.400. Im Gegenzug musste jedoch auch die Marktgemeinde an andere Standortgemeinden Deckungsbeiträge von durchschnittlich € 900 entrichten.

Der laufende Betrieb wies 2010 - 2012 ein Gesamtminus von rd. € 26.500 aus, wobei sich die Abgänge schrittweise von rd. € 7.200 auf rd. € 10.800 erhöhten. Je Musikschüler ergab sich für 2012 eine Bezuschussung seitens der Marktgemeinde von rd. € 70. Daneben wurden für Instrumentenankäufe noch einmalige Investitionen von € 5.300 getätigt, von denen der Marktgemeinde nach Abzug eines Landesbeitrags rd. € 2.400 verblieben.

Im Durchschnitt stellten beinahe zwei Drittel der jährlichen Aufwendungen Personalkosten für die mit 30 % beschäftigte Reinigungskraft (inkl. der Vergütungsleistungen der sonstigen fallweise eingesetzten Mitarbeiter) dar. Diesen stehen jedoch auf der Einnahmenseite Vergütungsleistungen für Vertretungstätigkeiten dieser Reinigungskraft in verschiedensten Gemeindeeinrichtungen gegenüber. Der Netto-Personalaufwand lag 2010 - 2012 bei durchschnittlich rd. € 9.900.

Friedhof und Aufbahrungshalle



Der Friedhof und die Aufbahrungshalle befinden sich im Eigentum der Marktgemeinde. Die Friedhofsverwaltung einschließlich der Abwicklung der Bestattung sowie der Vorschreibung und der Einhebung aller in diesem Zusammenhang anfallenden Gebühren obliegt der Marktgemeinde. Gespräche mit der örtlichen Pfarre hinsichtlich der Übertragung der Friedhofsverwaltung verliefen bislang ergebnislos.

Der Netto-Aufwand bezifferte sich 2010 - 2012 auf insgesamt rd. € 37.400. Davon entfiel ein Großteil von rd. € 25.900 auf Instandhaltungsmaßnahmen, die überwiegend die Sanierung der Friedhofmauer betrafen, allerdings noch nicht abgeschlossen sind. Mittelfristig (bis 2016) sind hierfür weitere Aufwendungen von insgesamt € 22.000 veranschlagt, hievon € 10.000 im Jahr 2013.

Eine Friedhofsgebührenordnung hat der Gemeinderat zuletzt in der Sitzung vom 22.9.2011 verabschiedet. Für die Benützung der Aufbahrungshalle werden seit 2004 unverändert € 42 je Bestattung vorgeschrieben.

Da sich die Gebarung des Friedhofs bzw. der Aufbahrungshalle defizitär darstellt und die zuletzt vorgenommene Gebührenanpassung bereits weit zurückliegt, ist aus betriebswirtschaftlicher Sicht sowie im Hinblick auf das zwischenzeitlich allgemein deutlich gestiegene Preisniveau die Benützungsg Gebühr bis spätestens Jahresbeginn 2014 auf € 60 je Sterbefall anzuheben.

Gemeindebücherei

Die im Amtsgebäude situierte Bücherei wird von zwei Verwaltungsbediensteten der Marktgemeinde betreut. Der Medienbestand beziffert sich auf etwa 3.000 Stück. Wurden 2010 noch etwa 1.600 Entlehnungen registriert, so sank die Frequenz 2011 bzw. 2012 trotz intensiver Bewerbung und Attraktivitätssteigerung durch den Zukauf zusätzlicher Medien auf etwa 1.400 bzw. ca. 1.300. Zur Finanzierung der Einrichtung musste die Marktgemeinde 2010 - 2012 Mittel von insgesamt rd. € 600 aufwenden, worin jedoch der anteilige Verwaltungsaufwand nicht inkludiert ist.

Da die Bücherei-Öffnungszeiten faktisch den Dienstzeiten der Marktgemeinde angepasst sind, beeinflusst die Betreuungstätigkeit maßgeblich den Dienstbetrieb. Es sollte daher angedacht werden, die Öffnungszeiten deutlich einzuschränken oder die Büchereiverwaltung überhaupt auszulagern und an Ehrenamtliche zu übertragen.

Turnhalle der Volksschule und Pramtalsaal (Turnhalle der Hauptschule)

Die im Schulzentrum integrierten Säle werden sowohl im Rahmen des Turnunterrichts der Schulen als auch von Vereinen zur Sportausübung und teilweise zur Ausrichtung von Veranstaltungen genutzt. Eine Benützungsverordnung hat der Gemeinderat am 31.5.2012 verabschiedet. Die Benutzungsentgelte - lediglich für Veranstaltungen vorgesehen - bewegen sich auf üblichem Niveau. Die diesbezüglichen Einnahmen bezifferten sich 2010 - 2012 auf insgesamt rd. € 6.600. Anzumerken ist, dass es sich bei der unentgeltlichen Überlassung der Säle an Vereine zur Sport- und Vereinsausübung um indirekte Subventionen handelt, die Förderungen ohne Sachzwang darstellen.

Da Benutzungsentgelte für Vereine im Rahmen der Sport- und Vereinsausübung als zumutbar angesehen werden, wird angeregt, solche hinkünftig vorzusehen.

Gemeindevertretung

Gemeindeinterne Prüfungen

Der Prüfungsausschuss ist 2010 zu drei und 2011 bzw. 2012 zu jeweils fünf Sitzungen zusammengetreten. Somit wurde 2010 das gesetzlich verankerte Mindestmaß von jährlich fünf Sitzungen nicht erfüllt. Zu 2011 ist festzustellen, dass das Mindestmaß zwar erfüllt wurde, im 1. Quartal jedoch lediglich eine Sitzung, die sich u. a. mit der Prüfung des Rechnungsabschlusses 2010 befasste, stattfand.

§ 91 Abs. 3 Oö. GemO. 1990, wonach der Prüfungsausschuss neben der Prüfung des Rechnungsabschlusses die Gebarung wenigstens vierteljährlich zu prüfen hat, also fünfmal im Jahr zusammentreten muss, ist künftig einzuhalten.

Organe der Gemeinde, Geschäftsführung

Der Gemeindevorstand und auch der Gemeinderat haben 2010 - 2012 jeweils eine ausreichende Anzahl an quartalsmäßigen Sitzungen abgehalten. Halbjährliche Pläne werden im Voraus erstellt und nachweislich zugestellt.

Sitzungsgeld

Eine Sitzungsgeldverordnung hat der Gemeinderat zuletzt am 16.1.2006 erlassen. Das Entgelt für eine Sitzung wurde mit 1 % des Bezuges der Bürgermeisterin festgesetzt und entspricht damit dem gesetzlichen Mindestmaß (möglicher Rahmen 1 - 3 %).

Verfügun gsmittel und Repräsentationsausgaben

Die gesetzlichen Höchstgrenzen für die Ansätze Verfügungsmittel bzw. Repräsentationsausgaben (0,30 ‰ bzw. 0,15 ‰ der Ausgaben des ordentlichen Haushaltes) wurden in den Budgets 2010 - 2012 stets unterschritten. Auch der tatsächliche Geldbedarf bewegte sich innerhalb dieses Zeitraums im budgetierten Rahmen.

Einen detaillierten Überblick über die einzelnen Jahreswerte verschafft die nachfolgende Aufstellung:

Finanzjahr	Verfügungsmittel			Repräsentationsausgaben		
	2010	2011	2012	2010	2011	2012
gesetzlicher Höchststrahmen	10.600	10.700	10.800	5.300	5.400	5.400
Ansatz lt. VA/NVA	9.500	9.500	10.000	2.000	2.000	2.500
Aufwendungen lt. RA	8.950	8.442	9.909	268	1.532	927
% des gesetzlichen Rahmens	85	88	92	5	29	17

Weitere wesentliche Feststellungen

Vermietungen und Verpachtungen

Ehemaliges Hallenbad

Das 2007 geschlossene Hallenbad wurde mit Beschluss des Gemeinderates vom 15.1.2008 zum Zwecke des Betriebs eines Fitnessstudios, einer Saunaanlage und eines Buffets an einen privaten Betreiber vermietet.

Für das Buffet wird ein jährlich wertgesichertes Pachtentgelt von aktuell rd. € 1.651 (inkl. USt.) eingehoben und dem Freibadbetrieb zugerechnet. Das Pachtentgelt ist an die Auflage gebunden, dass der Pächter während der Freibadsaison für die Reinigung der Liegewiese sowie die Sammlung des Abfalls auf dem Freibadgelände zu sorgen hat. Bei Nichterfüllung würde sich der Zins um € 960 erhöhen. Der Zins erscheint im Vergleich mit den bezirksangehörigen öffentlichen Bädern angepasst.

Die Pachtentgelte für den Fitness- und Sauna-Betrieb errechnen sich aus nachstehenden Prozentsätzen des monatlichen Bruttoumsatzes: Fitness-Betrieb 15 %, höchstens jedoch € 1.980; Sauna-Betrieb ab € 701 10 % bzw. ab € 2.001 20 %. Die diesbezüglichen Einnahmen der Marktgemeinde bezifferten sich 2010 - 2012 auf durchschnittlich rd. € 13.800 bzw. auf insgesamt rd. € 41.500. In der jährlichen Betriebskostenabrechnung wird ein Verwaltungskostenpauschale von € 365 berücksichtigt. Bei Gegenüberstellung der in der Buchhaltung der Marktgemeinde in einem eigenen UA dargestellten Einnahmen und Ausgaben errechnet sich für 2010 - 2012 ein Gewinn von rd. € 32.800.

Wohnhaus "Marktplatz 86" und "Pomedt 3"

Die wertgesicherten Mietzinse im gemeindeeigenen Wohnhaus Marktplatz 86 (6 Einheiten) bewegen sich aufgrund des geringen Standards mit durchschnittlich € 2,21 je m² (inkl. MWSt.) unter jenen von durchschnittlich € 3,54 je m² (inkl. MWSt.) des gemeindeeigenen Wohnhauses Pomedt 3 (4 Einheiten), das zuletzt 2012 generalsaniert wurde (diesbezüglich wird auf die Ausführungen im Abschnitt "ao. Haushalt" verwiesen). Die Mieten sind den im MRG vorgesehenen Categoriesätzen angepasst. An jährlichem Verwaltungskostenbeitrag gelangt im Rahmen der Abrechnung der Betriebskosten die gesetzlich mögliche Pauschale - zuletzt € 3,25 je m² - zur Vorschreibung.

Die laufenden Auslagen bezifferten sich im Zeitraum 2010 - 2012 auf insgesamt rd. € 39.500. Diesen standen Einnahmen von insgesamt rd. € 63.200 gegenüber, woraus sich ein Gewinn von rd. € 23.700 errechnet.

Musikheim

Das im Schulzentrum integrierte Musikheim, das im Rahmen der 2002 - 2005 abgewickelten Schulsanierung gänzlich neu gestaltet wurde, wird ausschließlich vom örtlichen Musikverein genutzt. Einen Mietvertrag hat der Gemeinderat in der Sitzung vom 18.6.2008 beschlossen. Der wertgesicherte Zins, der auch die Betriebskosten inkludiert, beträgt aktuell rd. € 1.076.

Sportplatz mit Vereinsgebäude

Für die Überlassung des Sportplatzes mit dazugehörigem Vereinsgebäude an den örtlichen Sportverein besteht ein mit 29.10.1984 datierter Pachtvertrag. Der darin vereinbarte Anerkennungsbeitrag von jährlich € 7,27 gelangte im Hinblick auf den damit verbundenen unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand seit längerer Zeit nicht mehr zur Vorschreibung. Sämtliche Betriebskosten werden vom Verein getragen, wobei im Gegenzug die jährliche Vereinsunterstützung mit € 6.500 entsprechend hoch ausfällt.

Grundbesitz

Über nennenswerte Grundflächen verfügt die Marktgemeinde wie nachfolgend aufgelistet:

- Waldfläche von ca. 4.600 m² in der KG Riedau mit einem etwa 50-jährigen Waldbestand, über deren Verwendung die Marktgemeinde bislang keine Überlegungen angestellt hat. Gleiches gilt auch für eine landwirtschaftliche Grundfläche in der KG Vormarkt-Riedau von ca. 2.400 m², die derzeit - wie unten ausgeführt - verpachtet ist.
- Ca. 8.900 m² zusammenhängende, als Bau- und Nutzland sowie Wald gewidmete Fläche in der KG Riedau; im Zuge von Renaturierungsmaßnahmen im Bereich der Pram hat die Marktgemeinde einen Großteil dieser Fläche - ca. 7.700 m² - an den Wasserverband Pramtal übertragen. Hinsichtlich der Verwendung der restlichen Fläche - Wald mit ca. 1.200 m² - besteht derzeit Unklarheit. Die gegenständliche Vereinbarung mit dem Wasserverband beinhaltet weiters die Übertragung verschiedener kleinerer Flächen (ca. 800 m²) und auch etwa eines Drittels eines ca. 18.400 m² umfassenden, in der KG Riedau befindlichen Grundstücks. Dieses besteht aus ca. 16.200 m² Nutzland und zum Rest aus sonstigen Flächen. Die sonstigen Flächen dienen bislang u. a. dem Bauhof (Holzscheune mit Lagerplatz) und der Naherholung bzw. Freizeitaktivitäten (Skateranlage). Das Nutzland ist inklusive der oben erwähnten landwirtschaftlichen Fläche von ca. 2.400 m² seit 1999 für jährlich rd. € 15 verpachtet. Der geringe Pachtzins kann im Hinblick auf die Schwierigkeit der Findung eines geeigneten Pächters vertreten werden. Im Zusammenhang mit der Übertragung von Grundstücken an den Wasserverband sind 2013 oder 2014 laut Ausführungen der Marktgemeinde voraussichtlich Erlöse von insgesamt rd. € 115.000 zu erwarten.

Die Marktgemeinde sollte Überlegungen hinsichtlich der weiteren Verwendung der noch vorhandenen Grundstücke anstellen, wobei auch eine Veräußerung ins Auge gefasst werden sollte.

Hinsichtlich der Verwendung der Veräußerungserlöse ist das Einvernehmen mit der Aufsichtsbehörde herzustellen.

Bauhof/Fuhrpark - Bauhofkooperation

Die Marktgemeinde Riedau verfügt derzeit über kein eigenes Bauhofgebäude. Die Maschinen, Geräte und Güter werden in unterschiedlichen Räumlichkeiten (PKW-Garage Musikschule, Feuerwehrdepot und externe Lager) gelagert. Nachstehender Fuhrparkumfang präsentiert sich, gemessen an der Größenordnung der Gemeinde, eher bescheiden:

Bezeichnung	Type	Bauj.	Verwendung
Kleintraktor	Agria	1984	Rasenpflege
Kommunalfahrzeug	Deutz	2011	Genereller Einsatz
Anhänger - " -		2012	
Schneepflug - " -		2011	
Kehrbesen - " -		2011	
Mähwerk - " -		2011	
Saugwagen - " -		2011	
Pritschenwagen	VW	1996	Baustellenfahrten, Wasser, Kanal, Straßen

Da auch die Nachbargemeinde Zell/Pram eine äußerst dürftige Bauhofausstattung aufweist und aufgrund der bevorzugten geografischen Gegebenheiten nur sehr geringe Distanzen zwischen beiden Gemeinden bestehen, haben diese bereits 2006 den Grundsatzbeschluss gefasst, im Rahmen einer Kooperation einen gemeinsamen Bauhof errichten zu wollen, um die betriebswirtschaftlichen und organisatorischen Synergien nutzen zu können. Zur Erstellung einer genauen Analyse und einer Kosten-Nutzen-Rechnung wurde von beiden Projektgemeinden mit finanzieller Unterstützung des Landes eine externe Beratungsfirma

beauftragt. Wir verweisen diesbezüglich auf deren "Bericht über die Evaluierung der Möglichkeiten und Vorteile einer Kooperation der Bauhöfe der Gemeinden Riedau und Zell/Pram" vom 8.11.2007. Geplant ist, die Errichtung eines neuen Bauhofs bzw. die Adaptierung der sog. Quelle-Halle, von der Gemeinde Zell/Pram im Zuge eines Firmenkonkurses erworben, über die Gemeinde Zell/Pram abzuwickeln. Von der ursprünglichen Absicht, den letztmalig 2009 mit Netto-Kosten von ca. € 1,4 Mio. geschätzten Bau im Rahmen eines KG-Modells zu errichten, wurde aus steuerrelevanten Gründen wieder Abstand genommen. Beide Gemeinden haben mittlerweile auch ihre Prioritäten zugunsten der Realisierung anderer ao. Vorhaben verändert, weshalb mit der konkreten Umsetzung bislang noch immer nicht begonnen wurde, wenngleich der Architektenwettbewerb bereits stattgefunden hat. Darüberhinaus fehlt derzeit auch eine genehmigte Finanzierung. Vom zuständigen politischen Referenten wurde der Neubau für 2014 in Aussicht gestellt.

Feuerwehrwesen

In der Marktgemeinde befindet sich eine Feuerwehr, die neben dem Roten Kreuz und der Polizei im Einsatzzentrum untergebracht ist. Riedau zählt laut der Oö. Brandbekämpfungsverordnung zur Pflichtbereichsklasse bzw. -gruppe 2B. An Fahrzeugen verfügt die Feuerwehr über ein Löschfahrzeug - LFB (Baujahr 1992) und ein Kommandofahrzeug - KDO (Baujahr 2010). Das laut der Oö. Brandbekämpfungsverordnung weiters vorgesehene Tanklöschfahrzeug ist bei einem örtlichen Wirtschaftsunternehmen stationiert und unterliegt dort der Betriebsfeuerwehr.

An Kostenersatz für Feuerwehreinsätze hat die Marktgemeinde 2010 - 2012 insgesamt rd. € 4.600 vorgeschrieben. Festzustellen ist, dass die Leistungserlöse 2012 von rd. € 2.100 gänzlich zur Feuerwehr transferiert wurden. Dies begründet die Marktgemeinde damit, dass die Feuerwehr in absehbarer Zeit ihre Atemschutzausrüstung erneuern muss und die Kostenersätze hierfür reservieren will.

Wir weisen darauf hin, dass Kostenersätze für den Fahrzeug- und Geräteeinsatz ausschließlich bei der Marktgemeinde zu verbleiben haben, während die Einnahmen für den Mannschaftseinsatz in die Feuerwehrekasse fließen können.

Die laufenden Nettoaufwendungen bezifferten sich für die Marktgemeinde 2010 - 2012 auf durchschnittlich rd. € 25.100. Davon entfiel ein Großteil auf das jährlich in Höhe von € 23.700 gewährte Globalbudget. Bei Umlegung des Aufwands auf die Einwohnerzahl errechnet sich ein Pro-Kopf-Wert von durchschnittlich rd. € 11,90. Dieser bewegt sich innerhalb des bezirksweiten Durchschnitts. Im mittelfristigen Finanzplan sind keine ao. Feuerwehraufwendungen vorgesehen.

Instandhaltungsaufwendungen

Für Maßnahmen der Instandhaltung wurden 2010 noch knapp € 270.000 ausgegeben, inkludieren allerdings auch die letzte von insgesamt 3 Zahlungsraten iHv ca. € 50.000 für die Erstellung eines Kanalkatasters. 2011 konnte der Aufwand bereits halbiert werden und lag 2012 mit ca. € 146.000 um rd. € 13.000 über dem Niveau 2011. Zwar hat die Marktgemeinde mit dem Instandhaltungsaufwand 2012 den aufsichtsbehördlichen Vorgaben - der Durchschnitt der letzten 5 Jahre darf nicht überschritten werden - entsprochen, lag aber damit noch immer um rd. ein Drittel über dem bezirksweiten Durchschnitt.

Wenngleich der Bedarf der Marktgemeinde an Instandhaltungsmaßnahmen in Anbetracht der zahlreichen und zum Teil überalterten Einrichtungen in verstärktem Maße gegeben ist, ist das Ausgabenbudget in diesem Bereich künftig entsprechend einzuschränken.

Förderungen und freiwillige Ausgaben

Die freiwilligen Ausgaben ohne Sachzwang bewegten sich 2010 - 2012 jeweils innerhalb der aufsichtsbehördlichen Vorgaben von max. € 15 je Einwohner.

Eine Betriebsförderung hat die Marktgemeinde innerhalb des Beobachtungszeitraums lediglich 2010 im Zusammenhang mit einer Projektserstellung für die Nachnutzung des ehemaligen Hallenbades in Form einer Pauschale von € 300 gewährt.

Versicherungen

Sämtliche Versicherungen hat die Marktgemeinde 2012 neu ausgeschrieben bzw. vergeben. Dadurch konnte der Prämienaufwand, der sich 2010 bzw. 2011 noch auf durchschnittlich rd. € 19.200 bezifferte, 2012 auf rd. € 12.700 reduziert werden. Im bezirkswerten Vergleich bzw. im Hinblick auf die Anzahl der Versicherungspolizzen stellt sich der Aufwand als günstig dar.

Vor der Vergabe neuer Verträge werden entsprechend den aufsichtsbehördlichen Richtlinien jeweils 3 Vergleichsanbote eingeholt.

Bestellwesen

Der Amtsleiterin wurde im Jahre 1998 für laufende Anschaffungen vom Bürgermeister eine Bestellbefugnis über € 218 eingeräumt.

In Anpassung an die aktuelle Wertgrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens empfehlen wir, die Bestellbefugnis auf € 400 zu erweitern.

Den beiden Schulleitern wurden auf Basis des § 23 GemHKRO Globalbudgets zur Bewirtschaftung von bestimmtem VA-Kredit in Eigenverantwortung übertragen.

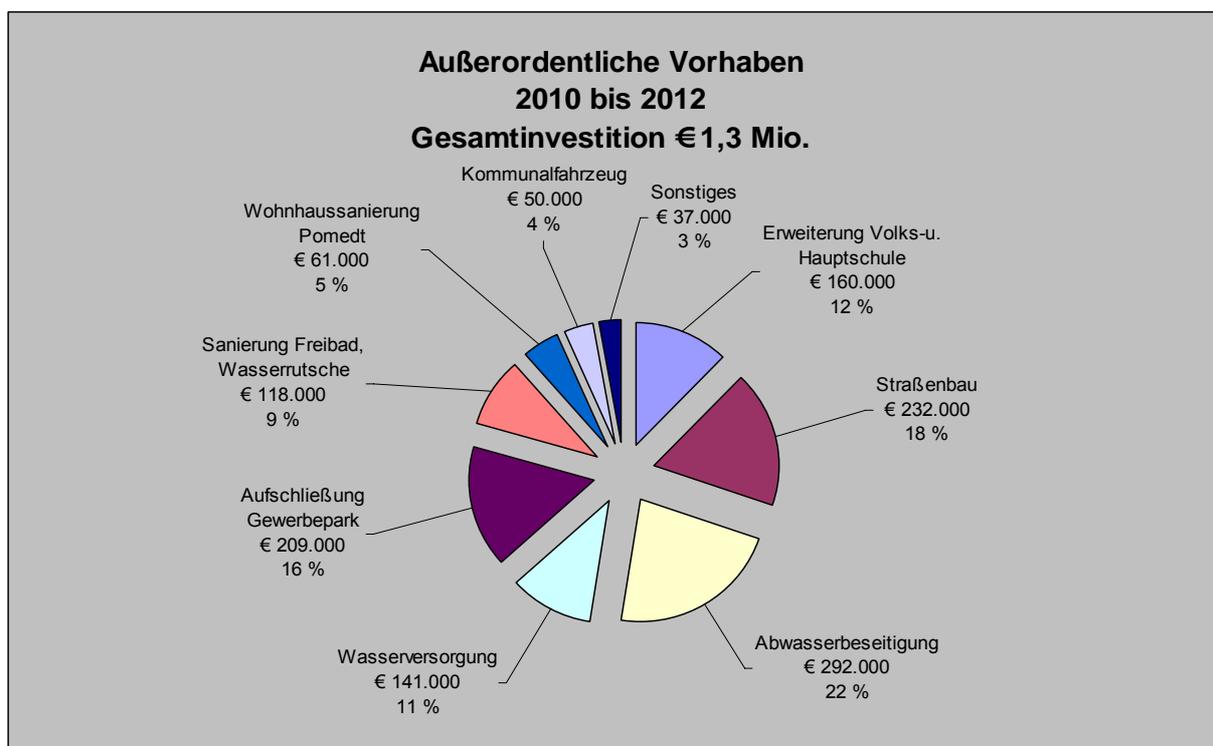
Außerordentlicher Haushalt

Investitionstätigkeit 2010 - 2012

Das Investitionsvolumen der letzten 3 Jahre von rd. € 1,3 Mio. diente überwiegend dem weiteren Ausbau und der Verbesserung der Infrastruktur. Den Schwerpunkt bildeten insbesondere der Endausbau der Wasserversorgungs- und Kanalisationsanlage, die Umsetzung des Straßenbauprogramms, die Anschließung des Gewerbeparks, die Erweiterung der Volks- und Hauptschule und die Sanierung des Freibades (Errichtung einer Wasserrutsche).

Weitere Mittel, wenn auch in bescheidenerem Umfang, wurden u. a. aufgewendet für eine Wohnhaussanierung, den Ankauf eines Kommunalfahrzeuges, die Akustikverbesserung des Pramtalsaaes und die Errichtung eines Kinderspielplatzes.

Nachstehende Grafik soll die Ausgabengewichtung der letzten 3 Jahre veranschaulichen:



Die Bedeckung dieser ao. Investitionen konnte mit rd. € 478.000 bzw. zu rd. einem Drittel aus Eigenmitteln, vorwiegend in Form von Interessenten- und Aufschließungsbeiträgen, mit rd. € 429.000 bzw. zu ca. 29 % aus BZ-Mitteln, mit rd. € 263.000 bzw. zu ca. 18 % aus Landeszuschüssen, mit rd. € 241.000 bzw. zu rd. 17 % aus Kreditaufnahmen und zu rd. 4 % aus sonstigen Einnahmen (inkl. Bundeszuschuss) aufgebracht werden.

In Summe wurde die Finanzierung in etwa je zur Hälfte durch Fördermittel und Eigenmittel (inkl. Darlehen) bestritten. Erfreulich ist, dass die Neuverschuldung - überwiegend Siedlungswasserdarlehen - in den letzten 3 Jahren mit rd. € 241.000 in sehr moderatem Umfang ausgefallen ist.

Die geringe Neuverschuldung, die bei allen laufenden Projekten gesicherte Finanzierung, die kaum Fehlbeträge verursacht, und nicht zuletzt auch die Tatsache, dass bislang kein Zwischenkredit beansprucht werden musste, sind positiv zu erwähnen und u.a. Voraussetzung für eine nachhaltige Konsolidierung der Gemeindefinanzen.

Überblick über den ao. Haushalt mit Ende 2012 - Saldenbestand

Der ao. Haushalt der Marktgemeinde schließt mit einem Soll-Überschuss von ca. € 68.000. Diese Plussalden setzen sich aus nachstehenden Einzelsalden zusammen:

Vorhaben	Überschuss	Abgang
Straßenbau Siedlungsgebiete	51.008,89	
Umbauarbeiten der L513		36.451,77
WVA - Drucksteigerung / Löschwasserbehälter Berg	7.010,56	
ABA - Erschließungsgebiet II - Pomedt	1.047,81	
Kanalsanierung	45.125,38	
Summe	104.192,64	36.451,77
Saldo / Überschuss	67.740,87	

VA 2013

Das im VA 2013 vorgesehene Investitionsvolumen sollte mit ca. € 664.000 gegenüber den Vorjahren zwar gesteigert werden, inkludiert aber Ausgaben von € 180.000, die lediglich den Transfer der für den Neubau eines Clubheims gewährten BZ-Mittel und Landeszuschüsse an den Sportverein darstellen. Die übrigen veranschlagten Investitionsausgaben dienen neben der Fortführung bzw. Fertigstellung der laufenden Projekte primär dem Ankauf des Kindergartengebäudes, der weiteren Umsetzung des Straßenbauprogramms sowie Kanalbau- bzw. -instandhaltungsmaßnahmen.

Mittelfristige Investitionsplanung

In der Investitionsplanung für den Zeitraum 2014 - 2016 hat die Marktgemeinde keine neuen Vorhaben ausgewiesen. Das Ausgabevolumen - primär für die Fortführung begonnener Vorhaben - sollte sich 2014 auf knapp € 130.000 und für die Jahre 2015/16 auf jeweils knapp € 50.000 verringern. Dieser außerordentlich bescheidene Umfang lässt sich damit begründen, dass für nicht wenige Projekte keine gesicherten Finanzierungen vorliegen und damit die Einbindung in den mittelfristigen Investitionsplan unzulässig ist. Zu den zum Teil konkret geplanten, aber derzeit kaum realisierbaren Projekten zählen im Wesentlichen:

- Ausbau der Rad- und Wanderwege
- Neugestaltung des Marktplatzes
- Asphaltierung der neuen Siedlungsstraßen
- Sanierung des erworbenen Kindergartengebäudes
- Dachsanierung Volks- und Hauptschule

Ausführungen zu einzelnen ao. Vorhaben

Die nähere Überprüfung des ao. Haushaltes bezog sich lediglich auf nachstehende noch laufende Vorhaben und deren Finanzierung.

Straßenbau Siedlungsgebiete

Beim ao. Vorhaben "Straßenbau Siedlungsgebiete" wurden seit 2011 bislang keine Baumaßnahmen abgewickelt, sondern lediglich Deckungsmittel iHv € 30.000 aus einem Landeszuschuss und von ca. € 21.000 aus Verkehrsflächen- und AufschlieÙungsbeiträgen, somit insgesamt rd. € 51.000, bereitgestellt. Dieser mit Ende 2012 aushaftende Soll-Überschuss soll zur Realisierung des künftigen Straßenbauprogramms herangezogen werden.

Umbauarbeiten an der L 513

Die Umbauarbeiten an der L 513 (Unterinnviertler Landesstraße) sind der größte Teil des Straßenbauprogramms 2011 - 2014 und umfassen im Bereich der Billa-Kreuzung die Errichtung eines Linksabbiegers, eines Gehsteiges und Fahrbahnteilers sowie die

entsprechenden Asphaltierungsarbeiten. Das gesamte Kostenvolumen beträgt knapp € 260.000 und ist zu rd. 50 % durch einen Baukostenanteil des Landes gedeckt, womit der Gemeindeanteil mit rd. € 130.000 bedacht ist. Die Baumaßnahmen wurden noch 2012 abgeschlossen und von der Straßenmeisterei Raab unter deren Leitung bzw. Bauaufsicht durchgeführt. Die anteiligen Personalkostenersätze des Landes sind buchmäßig nicht erfasst.

Der Fehlbetrag iHv ca. € 36.000 konnte mittlerweile durch die Flüssigmachung der für 2013 vorgemerkten BZ von € 50.000 - s. Finanzierungsgenehmigung vom 31.8.2011 - bedeckt werden.

Aufschließung Gewerbepark

Zur Schaffung der infrastrukturellen Voraussetzungen für künftige Betriebsansiedelungen hat die Marktgemeinde direkt an der B 137 sowie an der L 513 ein Areal in der Größenordnung von rd. 24.000 m² nach der entsprechenden Baulandwidmung in Betriebsbau- und Mischbaugelände 2011/12 voll erschlossen. Die Gesamtinvestitionskosten für diesen sog. Gewerbepark beliefen sich auf ca. € 209.000 und resultieren im Wesentlichen aus der Errichtung einer neuen Straße sowie der Herstellung der Wasserversorgung und der Kanalisation.

Das Projekt konnte noch 2012 gänzlich ausfinanziert werden, wobei neben BZ-Mitteln von € 50.000 und Landeszuschüssen von ca. € 19.000 auch Interessenten- und Aufschließungsbeiträge von ca. € 67.000 und in beachtlichem Umfang auch Infrastrukturbeiträge des Grundbesitzers iHv knapp € 73.000 bereitgestellt werden konnten.

Sanierung Freibad

Das im Freibadbereich liegende Kinderplanschbecken musste im Vorjahr dringend einer Sanierung unterzogen werden. Der Kostenaufwand war mit ca. € 12.500 sehr moderat und konnte noch 2012 gänzlich finanziert werden. Die Marktgemeinde erhielt BZ-Mittel und Landeszuschüsse iHv jeweils € 5.000 und stellte auch geringe Eigenmittel von ca. € 2.500 bereit.

Wasserversorgung

Erschließung Pomedt/Schwaben

Mit der Realisierung dieses Erweiterungsprojektes im Zeitraum 2008 - 2010 hat die Marktgemeinde ein neues Siedlungsgebiet im östlichen Teil der Ortschaft Pomedt, das zukünftige Siedlungsgebiet "Birkenallee" sowie die Neubaugebiete westlich der Bahnstrecke Wels-Passau, einige Neuparzellierungen im Ortsteil Schwaben und die Hochzone Berg an das öffentliche Wasserversorgungsnetz angeschlossen. Der Ausbau der öffentlichen Wasserversorgung ist damit vorerst gänzlich abgeschlossen. Der Bauabschnitt konnte zu Beginn d. J. kollaudiert werden.

Die Gesamtinvestitionen iHv knapp € 156.000 sind bereits ausfinanziert, wobei ein Darlehen von € 80.000 beansprucht werden musste und darüberhinaus im Wesentlichen Anschlussgebühren, ein Bundeszuschuss und überschüssige Mittel aus einem anderen Bauabschnitt zur Verfügung standen.

Drucksteigerung / Löschwasserbehälter Berg

Zur ausreichenden Versorgung mit Löschwasser in der Ortschaft Berg, in der neben Einfamilienhäusern auch landwirtschaftliche Betriebe angesiedelt sind, wurde der bestehende Wasserhochbehälter in seiner Funktion als Trinkwasserbehälter aufgelassen und zu einem Löschwasserbehälter adaptiert, wobei dabei auch das vorgesetzte Gebäude abgerissen wurde. Voraussetzung für die neue Nutzung war auch die Realisierung einer Drucksteigerungsanlage, deren Errichtungskosten deshalb unter diesem Vorhaben abgewickelt wurden.

Die Gesamtkosten für beide Maßnahmen beliefen sich auf ca. € 91.500, wovon lediglich ca. € 20.000 auf die Errichtung des Löschwasserbehälters entfielen. Mit Ende 2012 standen den Investitionen Deckungsmittel iHv ca. € 98.500, vorwiegend aus einer Darlehensaufnahme

von € 60.000 sowie aus Anschlussgebühren und einem Bundeszuschuss, gegenüber, womit ein Überschuss von ca. € 7.000 bestand, der im laufenden Jahr 2013 u. a. noch zur Begleichung restlicher Planungs- bzw. Honorarkosten herangezogen werden soll.

Abwasserbeseitigung

Erschließung Pomedt/Schwaben, Pomedt II

Das Projekt umfasst im Wesentlichen die Schmutz- und Regenwasserentsorgung des neuen Siedlungsgebietes in Pomedt und im Bereich der "Birkenallee" sowie die Errichtung von Mischwasserkanälen im Siedlungsbereich "Paulusberger" und "Greisberger". Die Erweiterung im Ortsteil Schwaben bezog sich auf die Errichtung einer kurzen Schmutzwasserdruckleitung zur Erschließung tiefer gelegener Objekte.

Das bereits gänzlich abgeschlossene Projekt - auch die Kollaudierung wurde bereits durchgeführt - verursachte Gesamtinvestitionskosten iHv ca. € 821.000 (Pomedt/Schwaben ca. € 667.000, Pomedt II ca. € 154.000), die gänzlich ausfinanziert sind. Neben einem Kreditvolumen von € 572.000 standen auch beachtliche Eigenmittel in Form von Interessenten-, Aufschließungs- und Infrastrukturbeiträgen iHv ca. € 242.000 zur Verfügung. Die sonstigen Einnahmen waren mit ca. € 8.000 marginal.

Mit Ende 2012 verblieb bei der ao. Position Pomedt II ein minimaler Gesamtüberschuss von rd. € 1.000, der evtl. noch zur Begleichung eines Planungshonorars - lt. VA 2013 € 3.000 - heranzuziehen sein wird.

Obwohl gänzlich abgeschlossen, ist auch bei der Position Pomedt/Schwaben im VA 2013 noch ein Kreditansatz von € 50.000 vorgesehen. Damit beabsichtigt die Marktgemeinde eine Liegenschaft zu erwerben, die nach dem Abriss des darauf befindlichen Wohnhauses für die Errichtung eines Kanalstranges benötigt wird.

Mit der Realisierung dieses Bauabschnittes wurde vorläufig auch im Abwasserbereich der maximale Ausbaugrad erreicht.

Kanalsanierung

Mit der Errichtung bzw. dem Ausbau der öffentliche Kanalisationsanlage wurde bereits 1968 begonnen, weshalb Teilbereiche der Anlage als überaltert einzustufen sind. Schätzungen des Projektanten aus dem Jahr 2012 zufolge kann das Sanierungsvolumen im Zeitraum 2016 - 2020 mit Kosten in der Größenordnung von ca. € 1,6 Mio. beziffert werden. Ein konkreter Sanierungsplan liegt allerdings noch nicht vor. Der etappenweise Sanierungsaufwand kann daher auch noch nicht im MFP berücksichtigt werden.

Basis für ein umfangreiches Sanierungsprogramm ist die Erstellung eines Kanalkatasters, welche bereits in Teilschritten abgewickelt wurde und noch 2013 abgeschlossen werden soll. Der VA 2013 sieht hierfür sowie für weitere Überprüfungsmaßnahmen durch Kamerabefahrungen im Rahmen des gesetzlich vorgegebenen 10-jährigen Überprüfungsintervalls und darüberhinaus für die Projektierung des Sanierungskonzeptes Kosten von rd. € 67.000 vor.

Wohnhaussanierung Pomedt 3

Das Anfang der 50er Jahre errichtete Mietwohnhaus bedurfte dringend einer Sanierung, wobei die wesentlichsten Maßnahmen die Dachsanierung, den Fensteraustausch sowie die Aufbringung eines Vollwärmeschutzes umfassten. Die im Jahr 2012 ausgeführten Sanierungsmaßnahmen verursachten Kosten von ca. € 60.700.

Da gemäß den mietrechtlichen Bestimmungen eine Kostenüberwälzung auf die Mieter nicht möglich war, musste die Marktgemeinde zur Finanzierung ausschließlich ein gefördertes Wohnbaudarlehen in Anspruch nehmen.

Schlussbemerkungen

Der Marktgemeinde kann sowohl im ordentlichen als auch im außerordentlichen Haushalt generell eine verantwortungsvolle und wirtschaftliche Gebarungsführung bescheinigt werden. Allerdings ist sie trotz der hervorragenden Finanzkraft nicht in der Lage, den ordentlichen Haushalt auszugleichen. Neben den hohen betrieblichen Abgängen ist die defizitäre Lage vor allem der beachtlichen Fremdfinanzierungsquote zuzuschreiben.

Der Vermeidung von Kreditneuaufnahmen ist daher absolute Priorität einzuräumen.

Um die Optimierung der betrieblichen Einrichtungen sicherzustellen bzw. Möglichkeiten der Qualitätsverbesserungen wahrzunehmen, wird die Marktgemeinde in verstärktem Maße den Kennzahlen-Vergleich mit gleichgelagerten Gemeinden als wirksames Instrumentarium einzusetzen haben.

Die Gebührenpolitik bei den öffentlichen Einrichtungen kann als angemessen beurteilt werden. Grundsätzlicher Handlungsbedarf zu Gebührenanpassungen besteht derzeit nicht.

Das Ergebnis der Prüfung wurde im Rahmen der Schlussbesprechung am 15.11.2013 der Bürgermeisterin im Beisein der Amtsleiterin und der Buchhalterin präsentiert. Im Zuge der Besprechung wurde weitestgehend Übereinstimmung bezüglich der Prüfungsfeststellungen und Empfehlungen gefunden.

Für die außerordentlich konstruktive Zusammenarbeit und das überaus positive Prüfungsklima sei der Bürgermeisterin und den Bediensteten ein besonderer Dank ausgesprochen.

Schärding, am 18. November 2013

Berger Manfred

Schmolz Franz